

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W 57
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher Amt Söhne Nr. 6465

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt: Ein gefährlicher Herrscher. — Zentrümliche Verwaltungskunst und Streifbrotkonditor Hesberg. — Zur Situation im Stettiner Streit. — Die Konferenz süddeutscher Theaterarbeiter in Stuttgart. — Kirche und Gewerkschaften in Deutschland (II.) — Aus Politik und Volkswirtschaft. — Aus den Gemeinden. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Inserate. — Totenliste des Verbandes. — **Festschlüssel:** Haus- und Wohnungsbau im Altertum (II).

Ein gefährlicher Herrscher.

Obgleich wenig beachtet, entwickelt sich im Ruhrrevier ein industrielles Unternehmen von der allergrößten wirtschaftlichen und politischen Bedeutung. Die Herrschaft, die bisher von einzelnen Unternehmungen als Verfolger der Kommunen mit Gas oder als Besitzer von Verkehrsmitteln ausgeübt wurde, wird von dem erwähnten Betrieb noch auf einer viel größeren Grundlage aufgebaut und über eine größere Anzahl von Gemeinden erweitert. Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk in Essen ist der neue Herrscher. In ihm verkörpert sich bereits eine Macht und ein Einfluß, der über den von manchen viel kapitalfrühtigeren Unternehmungen weit hinausreicht. Das Unternehmen arbeitet mit 52 Millionen Mark eigenem Kapital. Im letzten Jahre hat allein das Werk in Essen rund 120 Millionen Kilowatt Elektrizität nutzbar verkauft. Rechnet man den Absatz der angeschlossenen Werke: Bergaeseit, Bergisches Elektrizitätswerk und Bergische Licht- und Kraftwerke hinzu, dann ergeben sich rund

236 Millionen Kilowatt

verkaufter Energie. Nicht eingeschlossen ist darin der Absatz des ebenfalls zu dieser Interessengemeinschaft gehörenden Westfälischen Verbandselektrizitätswerkes in Dortmund.

Diese Ziffer bekommt erhöhte Bedeutung durch den Kreis der Abnehmer. Es sind vorwiegend Gemeinden. Das Versorgungsgebiet des Unternehmens erstreckt sich von der holländischen Grenze im Norden bei Cleve und Emmerich bis zum Ahrtal im Süden. Das ganze rheinisch-westfälische Industriegebiet und noch weit darüber hinaus, ein Gebiet von einer Fläche von rund 6100 Quadratkilometer, wird von diesem einen Unternehmen beherrscht. Heute liefert es bereits an zirka

50 Gemeinden und Städte

elektrische Energie. Und immer mehr reißt es das ausschließliche Monopol als Lieferant von Elektrizität an sich. Das nicht allein! Es bringt auch allmählich die elektrisch betriebenen Verkehrsmittel unter seine Herrschaft. Es hat bereits auf folgende Straßenbahnen maßgebenden Einfluß gewonnen:

Rheinisch-Westfälische Kleinbahnen A.-G. in Gröden (teilweise Personen- und Güterverkehr).
Kreis Mettmanner Straßenbahnen.
Clever Straßenbahngesellschaft.

Kleinbahn Langenfeld-Ronheim-Hildorf (ebenfalls Personen- und Güterverkehr).

Kleinbahn Opladen-Zimmigraß-Olig.

Reeser Anschlußbahn.

Bodum-Gelsenkirchener Straßenbahnen.

Straßenbahn Schlangen-Rohlfeld-Egternsteine-Horn.

Straßenbahn A.-G. in Paderborn.

Rheinisch-Westfälische Bahngesellschaft G. m. b. H. in Essen.

Süddeutsche Eisenbahngesellschaft.

Kreis Ruhrorter Straßenbahn.

Rheinische Bahngesellschaft in Düsseldorf.

Kleinbahn Wesel-Reese-Emmerich.

Weiter erstreckt sich die Beteiligung auf geplante und bereits in Angriff genommene Bahnen in den Kreisen Siegen und Wörr. Der Einfluß der Gesellschaft geht aber noch erheblich über den bisher angedeuteten Rahmen hinaus. Sie produziert und verkauft auch Gas. Aus ihren Anstalten in Kottbus, Vorbeck und Mettmann verlorgt sie durch Fernleitungen bereits 20 Gemeinden, darunter große Städte, mit Gas. Eine Reihe weiterer Gemeinden wird demnächst dem Kreise der Konsumenten beitreten. Das Bestreben der Gesellschaft geht augenscheinlich dahin, für das ganze große Gebiet, das in der Hauptsache durch die Regierungsbezirke Düsseldorf, Köln und Münster begrenzt wird, das unbestrittene Monopol als Lieferantin von Licht und Kraft zu erlangen. Nun beziehen allerdings verschiedene Gemeinden ihr Gas und ihre elektrische Energie von den Gas- und Kraftwerken einiger Grubengesellschaften im Ruhrrevier. Dabei kann man aber von einer wirklichen Konkurrenz nicht reden. Die maßgebenden Kohlenkapitalisten sind auch die Herren im Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk. Hier und dort gehen ihre Interessen Hand in Hand. Das Elektrizitätswerk hat überdies mit den in Betracht kommenden Stahl- und Kohlengesellschaften einen Vertrag abgeschlossen, laut welchem diese Werke die von ihnen erzeugten, aber nicht selbst verwerteten Energien zu einem bestimmten Preise an das Elektrizitätswerk abgeben, sie andererseits von diesem Energie nach dem festgelegten Tarife jederzeit beziehen können. So ist in Wirklichkeit das Elektrizitätswerk die Beherrscherin der gesamten erzeugten und verkauften Energie für Licht und Kraftzwecke.

Die wahre Bedeutung dieser Tatsache wird heute noch nicht erkannt. Die bisher oft schon schmerzlich empfundene Abhängigkeit selbst großer Gemeinden von privaten Gasgesellschaften, Straßenbahnbetrieben und Elektrizitätswerken ist die eine Seite der Medaille. Aber sie steht in keinem Vergleich zu dem, was sich nun im Industriegebiet entwickelt. Manches ist noch im Werden begriffen. In möglichster Eile spinnt die Gesellschaft ihre Fäden, knüpft und knotet sie, bis alle Gemeinden in den Mäusen ihrer Netze feststehen und gehorchen müssen nach den Befehlen einiger Industriekapitalisten im Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk. Ein gemeindliches Gas- und Elektrizitätswerk nach dem andern geht ein oder wird von der genannten Gesellschaft

übernommen; das gleiche gilt von Straßenbahnen. Die Gemeinden liefern aber nicht nur sich selbst, sondern damit auch alle Konsumenten an die Privatgesellschaft aus. Deren Macht erdrückt alle selbständigen Elektrizitätsanlagen, neue kommen nicht mehr auf, an die Errichtung kommunaler Gas- oder Elektrizitätswerke oder Straßenbahnen denkt man kaum noch.

Geräuschlos, aber sicher dringt die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätsgesellschaft überall vor. Ein fast unangreifbares Monopol ist ihr gewiß. Ihre Macht wächst und dehnt sich mit der Verwendung der Elektrizität als Licht- und Kraftquelle stetig weiter aus. Handwerker, Klein- und Großindustrielle, stauften alle auf den Weg elektrischer Kraft angewiesen. Als Lichtquelle kommt die Elektrizität nicht nur für öffentliche Gebäude, Straßen, Plätze, Fabriken, Werkstätten, Läden usw. in Betracht, sondern auch in stark steigendem Maße in Privatwohnungen. Und wer auf die Verwendung von Elektrizität verzichtet, muß unweigerlich als Gas-Konsument in die Abhängigkeit der Gesellschaft hinein. Vorläufig ist diese noch eine verhältnismäßig milde Herrscherin;

sie kommt den Verbrauchern in den Tarifen weit entgegen; sie macht Gemeinden zu Aktienbesitzern, Landrate und Oberbürgermeister zu Aufsichtsratsmitgliedern. Aber immer behalten die Stinnes, Thyssen, Junker, Kirdorf, Klönne, Guilleaume und Genossen die sichere, unangreifbare Herrschaft. An dieser zerschellt schließlich jede Bewegungsmöglichkeit von Gemeinden und Privaten auf diesem Gebiet.

Wohl ist es in einigen größeren Gemeinden gelungen, sich der Umflammerung und Ausbeutung durch das Privatkapital zu entziehen. Wo das aber nicht der Fall ist, da sind unsere Kollegen noch im besonderen die Leidtragenden. So erwächst unserer Organisation die Pflicht, für Aufklärung über die Folgeerscheinungen dieses Entwicklungsprozesses zu sorgen.

Hier enthüllt sich eine soziale Umbildung, hier entwickelt sich ein wirtschaftlicher Einfluß, hier erhebt eine kapitalistische Macht, hinter die manche verrufene Trustherrschaft beiseiden zurücktreten muß. Diese Macht und dieser Einfluß demonstriert in recht auffälliger Weise die zwingende Notwendigkeit der Sozialisierung der Gesellschaft.

Zentrierte Verwaltungskunst und Streikbrecherlieferung Heszberg.

Der Direktion der Münchener Gasanstalt ist als administrativer Referent der Zentrumsrechtler Panzer vorgesetzt. Als Verwaltungsrat fungiert der Magistratsrat Lipp, gleichfalls eine Größe der Zentrumsparlei. Auf Grund verschiedener Vorgänge sah sich die sozialdemokratische Ratfraktion in der Sitzung vom 30. Oktober zu folgendem Antrag genötigt:

„Am 4. Oktober 1913 ist am Gewerbegericht in München von einem Vertreter des Transportarbeiterverbandes öffentlich behauptet worden, daß die Verwaltung der städtischen Gasanstalten mit einer Firma in Verbindung steht, die im gegebenen Falle Streikbrecher nach München zu liefern hat. Eine Widerlegung dieser Behauptung ist bis heute nicht erfolgt. Es ist gerichtsnotorisch, daß die auf solchem Wege und insbesondere die von der in Frage kommenden Firma vermittelten Elemente größtenteils Charaktere der verwerflichsten Sorte sind. Die Verwendung derartiger, mit dem Gesetze schon häufig in Konflikt geratener Menschen ist für die Münchener Bevölkerung und die Stadt München selbst nach verschiedenen Richtungen eine schwere Gefahr.“

Die Erörterung einer event. Lohnbewegung städtischer Arbeiter hat bei der Behandlung dieser Folgerungen auszuweichen.

Das Gemeindefollegium beschließt deshalb, den Magistrat zu ersuchen, volle Aufklärung über die mit der erwähnten Firma bestehenden Verbindungen zu schaffen und der Verwaltung der städtischen Gaswerke entsprechende Verbote, derartige, das Ansehen der Stadt München schwer schädigende Vereinbarungen aufrechtzuerhalten oder zu treffen.“

Die Sache wird also demnächst im Münchener Rathaus nähere Erörterung finden. Der Vorgang ist folgender: Bereits im Frühjahr 1911 tauchten in der Tagespresse Hinweise auf, wonach die Direktion bzw. Verwaltung der Münchener Gasanstalt an die „Bomag“ (Berlin-Anhaltische Maschinenbau Aktiengesellschaft) angezogen sei, damit ihr diese bei einer event. eintretenden Arbeitseinstellung von Gasarbeitern die notwendigen Arbeitskräfte zuweisen soll. Daraufhin habe die „Bomag“ die Münchener Gasanstalt an einen gewissen Herrn Heszberg, damals in Hamburg 19, Simsbüttler Chaussee 41 wohnhaft, verwiesen, der für Lieferung von Streikbrechern bekannt sei und mit Erfolg die Gasarbeiterkreise speziell für Hamburg, Kiel, Maland, Sildesheim und schließlich auch Weidau eingearbeitet habe. (Stettin nicht zu vergessen! D. N.) Solche Versuche der Verwaltung der Münchener Gasanstalt wurden von den Gasarbeitern als schmutzig empfunden, so daß der Münchener Gauleiter sich veranlaßt sah, vom Referenten für die Gaswerke, dem Zentrumsrechtler Panzer Aufklärung zu verlangen. Hätte die Verwaltung damals ein reines Gewissen gehabt, so hätte sie wohl ohne weiteres den Gedanken einer solchen Verbindung entschieden zurückgewiesen; so aber sah sich Rechtsrat Panzer genötigt, sich um die Verantwortung der gestellten Frage herumzudrehen. Das hatte freilich den Erfolg, daß auch die Arbeiter nun wußten, wie sie daran sind.

Als nun am 4. Oktober d. J. vor dem Münchener Einigungsamt über die Erneuerung des Tarifvertrages für das Expeditions-

gewerbe verhandelt wurde, erklärte der Gauleiter des Transportarbeiterverbandes nach erfolgter Einigung, daß er sehr wohl über alle Maßnahmen des Arbeitgeberverbandes informiert gewesen sei. Es hätte nicht passieren dürfen, daß die berühmte Streikbrecherfirma Heszberg in Manteneje bei Hamburg sich statt an den Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes für das Transportgewerbe an den Arbeitsnachweis des Transportarbeiterverbandes gewendet hätte, mit der Anfrage, was sie mit den Arbeitswilligen tun soll, sie sei jederzeit bereit, noch einige hundert Arbeitswillige abzugeben, wobei Herr Heszberg als Referenz die — Direktion der städtischen Gasanstalt in München bezeichnet habe! Es sei recht unvorsichtig von Herrn Heszberg, derartige Dinge telephonisch zu erledigen.

Daß solche Enthüllungen auf die gesamte Münchener Arbeiterschaft empörend wirken mußten, ist ohne weiteres klar. Der Münchener Magistrat hat es bisher noch nicht einmal versucht, dieser Behauptung entgegenzutreten, so daß man aus diesen und anderen Gründen das Beibehalten solcher Verbindungen der Verwaltung der Münchener Gasanstalt mit der Firma Heszberg leider als feststehende Tatsache annehmen muß.

Wenn man die Taten der von Heszberg zusammengekauften Streikbrecher betrachtet, wie sie mit Revolvern, Gummischläuchen und ähnlichen Werkzeugen nicht nur das Leben ehrlicher Arbeiter, sondern auch das der unbeteiligten Einwohner in Gefahr bringen, wenn man die außerordentliche Gefahr für das gemeindliche Eigentum betrachtet, so wird man den Antrag der sozialdemokratischen Ratfraktion nur begrüßen können. Dies um so mehr, als Herr Heszberg selbst ein sehr getriebenes Vorleben hinter sich hat; wie aus Nr. 44 der „Gewerkschaft“ ersichtlich ist. Wenn also schon der Inhaber der Firma solcher Qualität ist, so kann man sich recht leicht ein Urteil über die Qualität der von ihm aus allen Herbergen zusammengetrommelten „Arbeitswilligen“ bilden.

Da diese Firma zurzeit in Stettin „arbeitet“, wo augenblicklich die Gasarbeiter im Streik stehen, hat man Gelegenheit, sich ein Bild davon zu machen. Dort versuchen die Anseher der Firma, die Leute, die nicht länger als Streikbrecher fungieren wollen, mit Gummiknüeten und vorgehaltenen Revolvern von dem Verlassen der Arbeitsstellen abzuhalten. Ueber die Qualität der nach Stettin gelieferten nützlichen Elemente kann man sich einen Begriff machen, wenn man weiß, daß sie aus allen Herbergen gesammelt wurden. Vollständig zerlumpt und zerissen kommen diese Elemente in Stettin an. Den „verdienten“ Tagelohn erhalten die Streikbrecher in Stettin nicht ausgezahlt, vielmehr geschieht dies erst nach Beendigung des Streikes in Hamburg.

Man kann es begreifen, wenn sich die Einwohnerlichkeit einer Stadt entschieden wehrt, derartige Elemente, die fast ausnahmslos mit dem Gesetze in Konflikt stehenden haben, nach München zu bringen und dort Leben und Eigentum der Einwohner zu gefährden. Solche Verträge kann man auch dann nicht billigen, wenn sie von einem Privatunternehmer geschlossen würden; um

so mehr muß Protest erhoben werden dagegen, daß eine Stadtverwaltung, der die Sicherheit des Lebens und Eigentums der Bürger vor allen Dingen am Herzen liegen muß. Aber wie ersichtlich, hat die zentrierte Verwaltung der Münchener Gasanstalt keinerlei Skrupel; sie hat offenbar ein schlechtes Gewissen deshalb, weil den von der Arbeiterschaft eingebrachten Wünschen wenig oder gar keine Rechnung getragen wurde. Es verlohnt sich, darauf hinzuweisen, daß dieselbe Stadtverwaltung, die laut § 5 ihrer Arbeitsordnung von den einzustellenden Arbeitern verlangt, daß sie sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden müssen und weder mit Zuchthaus vorbestraft, noch während der der Aufnahme unmittelbar vorhergehenden fünf Jahre wegen eines ehrenrührigen Vergehens (Diebstahl, Betrug u. ä.) zu einer erheblichen Freiheitsstrafe verurteilt worden sein, sich nicht scheut, mit solchen anrüchigen Elementen anzubandeln. Die Stadt München hat in ihrer Arbeitsordnung die Entlassung gegen jene Arbeiter vorgesehen, die sich — wenn auch gegenüber Privatpersonen — eines Diebstahls, einer Unterschlagung, einer Entwendung, eines Betruges oder eines lieblichen Lebenswandels schuldig machen, was erst kürzlich ein Arbeiter der Gasanstalt erfahren mußte, der wegen einer außerhalb seines Arbeitsverhältnisses liegenden Sache zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt wurde. Trotzdem aber wagt es die Verwaltung der städtischen Gasanstalt, solche korrumpierenden Verbindungen einzugehen.

Anscheinend will sich die Verwaltung mit dem Wort: „C'est la guerre!“ (Das ist kriegsüblich!) entschuldigen. Was für ein Geschrei aber würde die Verwaltung der Gasanstalt erheben, wenn nun die Arbeiter Gleiches mit Gleichem vergelten und als Gegengewicht passive Resistenz oder Sabotage predigen würden?

Das liegt uns nun freilich fern. Immerhin: Wer Wind sät, wird Sturm ernten, das mag sich auch die Verwaltung der Münchener Gasanstalt gesagt sein lassen. Hoffentlich bringen die Auseinandersetzungen im Münchener Rathaus die nötige Aufklärung und der Verwaltung zum Bewußtsein, daß eine Stadt einen event. Kampf doch mit reinlichen Mitteln zu führen habe.

Wie die Dinge zurzeit liegen, muß als feststehend betrachtet werden, daß auch andere Städte gleich schmutzige Geschäfte mit der Firma Hoesberg abgeschlossen haben! Aufgabe unserer Genossen auf den deutschen Rathhäusern muß es deshalb sein, hier nach dem Rechten zu sehen. Es ist ohnehin bereits so weit, daß die einzelnen Verwaltungen städtischer Werke das Dreireden der bürgerlichen Vertreter als mißlich empfinden, so daß es durchaus angezeigt erscheint, ihnen wieder einmal begrifflich zu machen, wer Herr oder Knecht ist.

Zu welchen Korruptionen es übrigens in der Verwaltung der Münchener Gasanstalt bereits gekommen ist, geht daraus hervor, daß kürzlich seitens des Magistrats gegen den ultramontanen Verwaltungsrat Lipp eine Disziplinäruntersuchung eingeleitet werden mußte, nachdem Tatsachen bekannt wurden, wonach dieser Mitarbeiter die angustellenden Beamten nach ihrer Parteigehörigkeit sondierte und sie zunächst als Mitglied für das katholische Kasino zu gewinnen suchte. Sind all die erhobenen Anschuldigungen Tatsache, so hat es dieser gute Mann trefflich verstanden, dem unterstellten Personal begrifflich zu machen, daß jegliches Vorwärtkommen über die Zugehörigkeit zur Zentrumspartei geht.

Auch bei der Arbeiterschaft ist zu verzeichnen, daß sich zur Partei des Herrn Verwaltungsrates zählende Leute mit nur ganz kurzer Dienstzeit auf dessen Fürsprache bleiben durften, während andere mit bis zu zehnjähriger Dienstzeit entlassen wurden.

Die christlichen Gewerkschaften und insbesondere auch die Zentrumspresse belästert zurzeit in allen Tonarten gegen angebliche Korruption in von Sozialdemokraten geleiteten Ortskrankenkassen. Hier bietet sich Gelegenheit, die christlich-ultramontane Verwaltung einmal in aller Schönheit leuchten zu sehen.

Die christlich organisierten Arbeiter werden sich gewiß ein Vergnügen daraus machen, bei einem event. Lohnkampf von den Zuchthäuslern, die von der eigenen Partei angehörig Verwaltungsräten gedungen wurden, niedergeknallt zu werden. Fürwahr, ein schönes Bild!

Nicht unerwähnt darf aber bleiben, daß solche Dinge nicht passieren könnten, wenn der Münchener Herr Oberbürgermeister weniger Hofmann, sondern mehr Bürgermeister wäre.

Zur Situation im Stettiner Streit.

Wie die Verhältnisse augenblicklich liegen, wird voraussichtlich in den nächsten Tagen unbedingt eine Wendung eintreten müssen. Das zeigen die verschiedenen Maßnahmen. U. a. ein vom Stettiner Spediteurverein herausgegebenes Flugblatt. In diesem heißt es, daß auf Seiten der Arbeiter schon größere Bereitwilligkeit besteht, die Arbeit wieder aufzunehmen. Jedoch kann hier, falls der Magistrat kein Entgegenkommen zeigt, wenig Aussicht vorhanden sein. Wenn weiter in dem Flugblatt ausgedrückt wird, daß die nächste Zeit hoffentlich Gewißheit bringen wird, so hoffen wir auch das gleiche.

Sodann kommt hinzu, daß der Pächter des Freihausens seine nützliche Tätigkeit einstellen wird. Nachdem dem Magistrat etwas aus dem Lebenslauf seines Vertreters bekannt wurde, scheint man doch von ihm abrücken zu wollen. Die Kaufmannschaft, die sich gegen die ungeheuren Mehrausgaben für die Gebührensandte, scheinen nun durchgesetzt zu haben, daß auch der Magistrat andere Maßnahmen unternehmen muß. So soll vom Montag, den 3. November, der volle Verkehr wieder aufgenommen werden. Wenn Hoesberg mit seiner Kolonne abzieht, so sind die verbleibenden Arbeitswilligen keineswegs in der Lage, auch nur im entferntesten die Arbeit bewältigen zu können. Jeder Mensch fragt sich, wie der Magistrat den Verkehr aufrechterhalten will. War es schon nicht möglich, den eingeschränkten Verkehr trotz der hohen Anzahl der Hoesbergischen zu bewältigen, so wird sich dies Verhältnis noch bedeutend ungünstiger gestalten. Im letzten Augenblick, als man sah, daß die Streikenden doch nicht bedingungslos zurückkehren, verpflichtete man den Hoesberg bis Mittwoch, den 5. November, daß er neue Leute senden soll, weil die alten, mit Gewalt zurückgehalten, täglich große Revolten aufzuführen! 70 Mann rückten heute ab. In der Nacht zum 2. November wurden 25 neue Hausreicher polnischer Nationalität nach hier geschleppt. Männer, Burischen und Mädchen. Der Lohn für die Männer beträgt bei genügender Leistung 3,00 Mk., 2,80 Mk., für die jungen Leute 1,20 Mk. und für die Mädchen 0,90 Mk.

Eine große Anzahl von Erz- und Phosphat Schiffen gingen bisher über Danzig, Lübeck und Hamburg. Das Getreide über Stralsund, Rostock und den anderen Ostseehäfen. Es kommt hinzu, daß jeder verfügbare Platz im Freiheitsort zum Lagern benützt und alle Schienenstränge mit Waggons besetzt sind. Die Stangelder, die die Staatsbahn verlangt, steigen ins Ungemeine. Die Hafenverwaltung wollte eine Herabsetzung der Sätze für diese Gebührens, jedoch die Staatsbahnverwaltung erkennt dies nicht als eine „höhere Gewalt“ an, so daß dem Magistrat nun nichts weiter übrig bleiben wird, als die verlangten Summen in voller Höhe zu zahlen. Aus all diesem heraus ist die Situation für die Streikenden günstig, wenn auch der Magistrat in den letzten Tagen durch das Gewerkegericht verurteilt ist, daß er nach wie vor auf dem Standpunkt stehe, daß in Verhandlungen mit den streikenden Arbeitern erst nach Beendigung des Streiks eingetreten werden kann und deshalb vorerst eine Besprechung vor dem Einigungsamt nicht in Betracht kommt. Hoffentlich wird er selbst diese Auffassung recht bald revidieren. Die Streikenden halten fest und treu zusammen und sind nicht eher gewillt, die Arbeit aufzunehmen, bis bestimmte Garantien für das spätere Arbeitsverhältnis geschaffen sind.

Auch die Kollegen in den anderen Städten beweisen durch Zuwendungen für Extrazustellungen, die in dieser Woche zur Auszahlung kommen, ihre Sympathie.

Wie bei solchen Gelegenheiten üblich, arbeitet Polizei und Gericht Hand in Hand. Die Polizei hatte, wie bekannt, die Streikenden mit einer Massenaufgabe von Strafanträgen bedacht. Das Gericht behandelt diese Prozesse als „eilige“ und Streifschade. Eine gründliche Nachprüfung der den Angefallenen zur Last gelegten Straftypen ist dadurch nicht möglich. In der am 30. Oktober stattgefundenen Verhandlung erklärte der Staatsanwalt und auch der Gerichtsvorsitzende, daß Streikende auf jeden Fall bestraft werden müssen und anders als nicht beim Streik beteiligte Arbeiter. In diesem Falle handelt es sich um 2 Arbeiter, von denen einer ein Streikender war. Die von zwei auswärtigen Matrosen angenommenen (weil sie hier in Stettin angemustert haben) sollten ihre Gepäcke nach dem Bahnhof befördern. Der am Ausstand beteiligte hatte dem diensttuenden Wachtmeister um die Erlaubnis des Betretens des Freiheitsorts gebeten und sie auch erhalten. Nachdem aber ein anderer städtischer Beamter diesen darauf aufmerksam gemacht hatte, daß sich unter den beiden ein Streikender befände, wurde diese Erlaubnis zurückgezogen. Nach ergangener Aufforderung verließen beide den Hafen. Obwohl hier in diesem Falle

irgendwelche Unterlagen für das Verstoß des Hausfriedensbruches nicht gegeben waren, erfolgte doch die Verurteilung. Der streikende Hafnarbeiter Timm erhielt 10 M., der ihn begleitende Seinemann 3 M. Geldstrafe.

Am Tage vorher war ebenfalls ein Streikender angeklagt. Arbeitslosigkeit, beleidigt und bedroht zu haben. In diesem Termin fungierte als Kronzeuge der Geschäftsführer des Streitbrecherlieferanten Heesberg, Herr Paetzewitz, und mit ihm einige seiner gewerkschaftlichen Arbeitswilligen. Die Zeugen versuchten es so darzustellen, als seien sie die reinsten Unschuldsknaben, die von den bösen Streikenden hin und her geschickt, beleidigt, bedroht und geschlagen sein wollten. Sie bekundeten übereinstimmend, daß der Hafnarbeiter Böser der Täter sei, konnten es aber nachher mit Bestimmtheit nicht behaupten, als sie mit dem Angeklagten konfrontiert wurden. Es ist bezeichnend, daß der Anwalt selber Freispruch und Uebernahme der Kosten auf die Staatskasse beantragte.

Eine hübsche Illustration bildete eine am 1. November stattgefundene Verhandlung gegen einen der Heesbergischen Streitbrechergardisten, der für die Stettiner Spediteure seine nützliche Tätigkeit entfaltet hatte. Es ist ja hinreichend bekannt, daß diese lieben Leute nicht nach Stettin gekommen sind, um zu arbeiten. Als diesem guten Mann nicht genehme Arbeit zugewiesen wurde, verweigerte er sie. Ein Kontrolleur der Firma Heesberg versuchte seinen Anordnungen dadurch mehr Nachdruck zu verleihen, daß er dem Arbeitswilligen ein paar Schube unter die Nase hielt. Da solche Elemente ganz besonders zart befeitet sind, so zog er seinen Revolver und drohte zu schießen, wenn er ihn nicht in Ruhe

ließe. Da hier eine Bedrohung der anderen gegenüberstand, erfolgte Freispruch. Wie wäre die Sache wohl ausgefallen, wenn an Stelle des Arbeitswilligen ein Streikender gestanden hätte, ob auch in diesem Falle berechtigte Notwehr angenommen worden wäre? Nach den bisherigen Erfahrungen müssen wir starke Bedenken hegen.

Am Anschluß fand eine Verhandlung gegen den Ortsbeamten Romm und zwei anderen Streikenden statt. R. sollte sich des Hausfriedensbruches in zwei Fällen am 19. und 21. September schuldig gemacht haben. Für die angeblich am 24. September verübte Straftat ließ sich nicht der Schimmer eines Beweises erbringen. Er wurde daher freigesprochen. Dagegen erfolgte die Verurteilung der drei anderen am 19. September zur Last gelegten Anschuldigungen. Es erhielten an Strafen R. und W. je 30 und Cu. 40 M. Die Verurteilung erfolgte, trotzdem man einwandfrei nicht nachweisen konnte, daß die drei diejenigen waren, die in den Häfen am betreffenden Tage eingedrungen waren. Weil es sich aber um Streikende oder Angehörige der Arbeiterorganisation handelte, mußte ja doch eine Verurteilung erfolgen.

Eine andere Sache, die ebenfalls mit dem Streik in Verbindung gebracht wurde, verlief der Vertagung, weil die als Hauptbelastungs- und Kronzeugen angegebenen Arbeitswilligen längst über alle Berge waren. Angeklagt waren zwei Frauen, die die Heesberggardisten belästigt, beleidigt und bedroht haben sollen. Auch sollten sie mit Steinen nach diesen nützlichen Elementen geworfen haben. Mit aller Deutlichkeit kann man herausfinden, daß unbedingt den sich musterhaft haltenden Streikenden etwas am Zeuge gefickt werden soll.

Die Konferenz süddeutscher Theaterarbeiter in Stuttgart.

Im geräumigen Saal des Stuttgarter Gewerkschaftshauses fanden sich am 26. Oktober die Delegierten der in unserem Verband organisierten Theaterarbeiter für Baden, Bayern, Elsaß-Lothringen, Hessen, Pfalz und Württemberg zu einer Konferenz zusammen. Neben dem Vertreter des Verbandsvorstandes, Kollege Marole, und den einschlägigen Gauleitern waren insgesamt 13 Delegierte erschienen, die von dem Kollegen Altvater - Stuttgart in gewohnt schwäbisch-herzlicher Weise begrüßt wurden. Den Vorsitz führten Marole und Altvater, Schriftführer waren Holzmann - Freiburg und Kapp - München. Als Tagesordnung war vorgegeben:

1. Die wirtschaftliche und rechtliche Lage des technischen Bühnenpersonals. Referent: Kollege Marole - Berlin.
2. Die Organisation des technischen Bühnenpersonals. Referent: Kollege Sebald - München.
3. Verschiebenes.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung verwies Marole darauf, daß das technische Bühnenpersonal zu jenen Arbeitergruppen gehöre, deren Arbeitsverhältnisse bisher noch am mangelhaftesten geregelt sind. Dies ergäbe sich schon ganz besonders daraus, daß laut der vom Verbandsvorstand geführten Statistik in nicht weniger als 19 Städten noch eine Arbeitszeit von durchschnittlich 11 Stunden besteht. Auch die Entlohnung läßt viel zu wünschen übrig; es besteht Jahres-, Monats- und Tagelohn meist in völlig ungenügender Höhe. Ein Hauptkapitel ist speziell die Frage der Ueberstunden, die in übergroßer Zahl gefordert und auch geleistet werden. Leider hat das technische Personal sehr oft nicht die notwendige Einsicht und gewerkschaftliche Schulung, um solchen Ueberstundenweisen mit dem nötigen Nachdruck entgegenzutreten. Das rechtliche Verhältnis des technischen Bühnenpersonals läßt gleichfalls sehr viel zu wünschen übrig. Staatliche und unter hiesiger Verwaltung stehende Theaterbetriebe fallen zunächst nicht unter die Gewerbeordnung, so daß es einzelnen Kollegen außerordentlich schwer fällt, etwaige Ansprüche an die Direktionen der Theater oder sonstige Differenzen rasch zum Austrag zu bringen. Auch für das technische Personal privater Theaterbetriebe ist die Unterstellung unter die Gewerbeordnung noch sehr unsicher und strittig, wozu der Referent an einigen Beispielen die nötige Aufklärung gibt. Bedauerlich ist auch, daß in dem Entwurf eines Bühnengesetzes das technische Personal gar nicht erwähnt ist; die Reichsregierung scheint also bloß das Künstlerpersonal im Auge zu halten, obwohl gerade auch für das technische Personal ein gesetzlicher Schutz notwendig ist. Ein strittiges Gebiet ist die Unfallversicherung. Wohl kein Theaterarbeiter kann mit Sicherheit erklären, ob er beim Vorliegen eines Unfalles gesetzlich begründete Ansprüche hat. Solche Fälle können nämlich immer nur von Fall zu Fall entschieden

werden. In privaten Betrieben, insbesondere wo maschinelle Vorrichtungen im größeren Umfang vorhanden sind, wird ja wohl in den meisten Fällen die Verkehrspflicht gegeben sein. Eine klare Regelung ist aber um so notwendiger, als gerade bei der Last, mit welcher die Theaterarbeiter arbeiten müssen, sie der Unfallgefahr besonders ausgesetzt sind. Der Referent legt unter entsprechender Begründung sodann dar, welche Richtlinien die Theaterarbeiter aufzustellen hätten, um für die nächste Zeit Ziel und Richtung zu haben. In einer Resolution sind diese Forderungen näher zusammengefaßt.

Den beifällig aufgenommenen Darlegungen folgte eine sehr lebhaft diskutierte, in der die Kollegen Weigl - Augsburg, Schmidt - Nürnberg, Müller - Straßburg, Eichhorn - Mannheim, Schilling - Stuttgart, Weiß - und Oswald - München, Holzmann - Freiburg und Wied - Frankfurt die an den dortigen Theaterbetrieben gegebenen besonderen Verhältnisse näher schilderten und vorhandene Einrichtungen oder mißliche Verhältnisse entsprechend erläuterten. Kollege Würker - Straßburg wandte sich besonders gegen die herrschende Meinung, daß die Mittagszeit sehr weit hinausgeschoben wird; die Ursache liegt darin, weil auf die Künstler meist allzuviel Rücksicht genommen wird. Würde mehr darauf geachtet, daß diese rechtzeitig zur Probe kommen, so könnte auch der Theaterarbeiter zur rechten Zeit seine Mittagsmahlzeit einnehmen. Als einzige Lösung hatte er die Einführung von Schichtarbeit angezeigt. Würker wandte sich außerdem noch gegen den in der Resolution enthaltenen Passus bezüglich der Schaffung von Arbeiterausschüssen und meinte, wir brauchen solche nicht erst zu fordern. Die Verwaltungen sehen solche nämlich selber ein, um Verhandlungen mit der Organisation hintanzulassen zu können. Es wäre seiner Meinung nach besser, solche Ausschüsse nicht zu haben und Differenzen nur durch den Gauleiter bzw. Verbandsbeamten regeln zu lassen. Kollege Sebald - München trat dem gegenüber und vertat die Meinung, es könne nicht Aufgabe der Organisation sein, ähnlich einer Studenke über die Theaterarbeiter zu wachen; vielmehr sei es unsere Aufgabe, aus den Kreisen der Arbeiter selbst klarschauende und energische Kollegen heranzuziehen, die sowohl sachlich als rhetorisch die Interessen der Arbeiter vertreten könnten. Die Aufgabe der Gauleiter sei es nicht, die Mitglieder zu bemuttern, sondern sie allmählich zu mehr Selbständigkeit heranzubilden. Gerade deshalb seien Arbeiterausschüsse zweckentsprechend, wenn auch nicht allgemein werden soll, daß ihnen noch Mängel anhaften. Kollege Sedemann - Mannheim bekannte sich ebenfalls zur Auffassung des Kollegen Sebald und führte seinerseits noch näher aus, daß Arbeiterausschüsse sicher eine zweckdienliche Einrichtung sind, während Verbände in Frankfurt die Arbeiterausschüsse nur als Mittel betrachtet, um den Vertretungen der Organisation Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

Seiner Meinung nach sei die Kräftigung der Organisation das Hauptverlangen. Die Vertrauensleute des Verbandes würden dann mindestens ebenso ersprießlich wirken können wie die geforderten Arbeiterausschüsse. Nachdem der Referent Waroke noch einmal die Wichtigkeit der Arbeiterausschüsse hervorgehoben und sonst in der Diskussion aufgetretene Zweifel näher erörtert hatte, wurde durch Abstimmung nachfolgende Resolution mit allen gegen drei Stimmen angenommen:

„Die am 26. Oktober 1913 für Baden, Bayern, Elsaß-Lothringen, Preußen, Hessen-Kassel und Württemberg in Stuttgart tagende Konferenz des technischen Bühnenpersonals konstatiert die Tatsache, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im allgemeinen noch sehr ungünstig sind. Zur Verbesserung derselben soll daher zunächst die Erfüllung folgender Forderungen angestrebt werden:

1. Aus den städtischen Theatern: Anerkennung der Bühnenarbeiter als ständige städtische Arbeiter.
 2. Zahlung eines den örtlichen Verhältnissen entsprechenden ausreichenden Lohnes mit wöchentlichem Lohnzuschlag.
 3. Verringerung der täglichen Arbeitszeit auf höchstens neun Stunden.
 4. Bezahlung der über die Normalarbeitszeit geleisteten Überzeitarbeit mit 50 Proz. Zuschlag.
 5. Gewährung von mindestens einem dienstfreien Tag pro Woche.
 6. Gewährung eines alljährlichen Erholungsurlaubes von mindestens zwei Wochen, steigend nach dem Dienstalter bis zu drei Wochen.
 7. Regelung der gesamten Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Abschluß von Tarifverträgen mit der Organisation des Personals.
 8. Einführung von Arbeiterausschüssen zur Vertretung von Wünschen und Beschwerden seitens des Personals.
- Zur Verwirklichung vorstehender Forderungen hält die Konferenz den einheitlichen Zusammenschluß des gesamten technischen Bühnenpersonals im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter für erforderlich. Demzufolge verpflichten sich die Delegierten, mit allen Kräften für die Stärkung der Sektion des technischen Bühnenpersonals im genannten Verbands zu wirken.“

Ueber die „Organisation des technischen Bühnenpersonals“ referierte sodann Kollege Sebald-München. Er führte aus, daß man in der angenommenen Resolution nun wohl schöne Richtlinien festgelegt habe, doch dürfe man sich nicht darüber im Zweifel sein, daß große Anstrengungen gemacht werden müßten, um sie zu verwirklichen. Um das aber wenigstens in der Hauptsache zu erreichen, sei die Organisation des gesamten technischen Personals eine absolute Notwendigkeit. Redner verweist auf die zunehmende Verschärfung der Kämpfe zwischen Ar-

beitern und Unternehmern, denen wir nicht ausweichen können und dürfen, da bei der sinkenden Kaufkraft des Geldes selbst schon ein Stillstand den Rückschritt bedeutet. Man dürfe sich nicht darüber im unklaren sein, daß die Organisation des Unternehmertums in wenigen Jahren das nachgeholt habe, wozu die Gewerkschaften fast ein halbes Jahrhundert brauchten. Die verhältnismäßig leichten Erfolge früherer Jahre werden wir wohl so leicht nicht wieder erleben; die Kämpfe werden in Zukunft viel schwieriger zu führen sein. Um so nötiger sei eine kraftvolle Organisation. Die Voraussetzung für die Organisationen sei zunächst, daß diese in einheitlicher Richtung erfolge; als solche können nur die freien Gewerkschaften in Betracht kommen, denn was sich heute unter den „Christlichen“, „Dirsch-Durschlichen“ und sonstigen Verbänden zusammenfindet, sind in der Hauptsache nicht viel mehr als die Verärgerten, die aus irgendwelchen unfruchtlichen Gründen glauben, in der freien Gewerkschaftsbewegung keinen Platz mehr zu haben. Aber auch innerhalb der freien Organisation sei es notwendig, daß sich das technische Bühnenpersonal einheitlich zusammenschließt. Die zum Teil heute noch bestehenden Lokalvereinigungen der Theaterarbeiter seien in der Hauptsache deshalb gegründet worden, weil diese Arbeiter, seien sie nun Schreiner, Schlosser oder Schneider, ihre Zusammengehörigkeit als Theaterarbeiter fühlten. Sieht man die Statuten solcher Lokalvereine sowie auch jene des Verbandes deutscher Bühnengehöriger nach, so findet man in den ersten Sätzen große Sprüche über die geistige und materielle Hebung der Lage des Theaterpersonals. Die Praxis ist freilich eine andere; da findet man nichts mehr von solchen Versprechungen und das Resultat bleibt „Vereinsmeierei“, denn auch die Direktionen nehmen solche Vereinigungen nicht ernst. Wenn das technische Bühnenpersonal als eine der letzten Gruppen für die Organisation gewonnen wurde, so mag vielleicht daran schuld sein, daß ihnen gerade durch die Verschäftigung in den Abendstunden die Teilnahme an Versammlungen und Bildungsvorträgen der Gewerkschaften nicht in dem Maße wie den anderen Arbeitergruppen möglich war. Der Referent wandte sich sodann gegen die Ziffer 4 der auf dem Hamburger Gewerkschaftstongreß gefaßten Grenzzeitigkeitsresolution. Die Erfahrung zeigt, daß man sich den Verhältnissen anpassen müsse und daß es nicht Aufgabe sein kann, die Arbeiter in bestimmte Berufsverbände einzuschließen, sondern daß dem Ziel jeder Organisation, der Erreichung der größtmöglichen Erfolge, mehr Rechnung getragen und dem die Organisationsform untergeordnet werden müsse. Der Aufbau des Metallarbeiterverbandes, wie auch der Fabrikarbeiter, Brauer usw. erinnere schon sehr an die Form der Betriebsorganisation, wie sie speziell auch in Oesterreich durchgeführt ist. Eine

Haus- und Wohnungsbau im Altertum.

Von Theo Wolff.

(Nachdruck verboten.)

II.

Als Materialien für Wohnungsbau und Wohnungseinrichtung standen den Alten im wesentlichen dieselben Stoffe, dieselben oder doch wenigstens die meisten Gesteine, Hölzer und sonstige Baumaterialien zur Verfügung, die auch heute noch diesem Zweck dienen. Einen großen Luxus aber trieben die Alten hierbei in der Verwendung edler und teurer Materialien dieser Art. So zunächst in edlen Hölzern. Ein hochgeschätztes Bauholz dieser Art war für die Architekten des Altertums das Zedernholz, dessen Wert schon damals wie noch heute vor allem seiner hervorragenden Dauerhaftigkeit und Unverwundlichkeit gegenüber allen ungünstigen äußeren Einwirkungen, gegen Fäulnis und Wurmfraß, bestand, und daß besonders bei Prachtbauten, wie Tempeln, den Wohngebäuden der Herrscher und vornehmen Geschlechter, öffentlichen Hallen usw., in ausgebreiteter Weise verwandt wurde, insbesondere für die Anlagen von Decken sowie auch zu Verästelungen und Verkleidungen. Unter den verschiedenen Arten des Zedernholzes galt das der Libanonzeder als das berühmteste und wertvollste, ein Holz, das schon in der Bibel und ebenso in den Werken griechischer und römischer Schriftsteller vielfach erwähnt wird. Damals war noch das weite Land um den Libanon mit mächtigen Zedernwäldern bedeckt, die heute infolge des jahrhundert- und jahrtausendlangen Raubbaues, der an den edlen Bäumen getrieben wurde, fast völlig verschwunden sind. Aus den Zedern des Libanonwaldes hatte schon König Salomon das Holz zum Tempelbau entnommen, zu welchem Zwecke er mit dem Herrscher des Landes in umfangreiche diplomatische Unterhandlungen treten mußte, ehe er die Erlaubnis erwirkte, eine betrübliche Anzahl von Stämmen des geschätzten Holzes fällen und nach Jerusalem schaffen zu lassen; noch heute heißt der Wald auf

dem Libanon, der die letzten Reste der ehemals in zahlloser Menge vorkommenden edlen Zeder, etwa 300 bis 400 mächtige Stämme, die aufs sorgsamste gehütet werden, birgt, zur Erinnerung an diese biblische Verwendung des trefflichen Holzes, Salomonswald. Griechen und Römer verwandten das Holz außer für solche wie die erwähnten architektonischen Zwecke auch zur Herstellung der Särgen für berühmte Tote, seines angenehmen Geruches wegen außerdem auch zu Räucherkerzen, die ja im antiken Hauswesen eine sehr große Rolle spielten. Seiner hervorragenden Dauerhaftigkeit und Widerstandsfähigkeit wegen verwandte man das Holz ferner auch zur Herstellung von Kästen, in denen wertvolle Dinge, Schmuckgegenstände, kostbare Schriften, Bücher und Urkunden, aufbewahrt wurden, woraus sich für hervorragende literarische Werke die Bezeichnung „opus cedro dignum“, d. h. wert in Zedernholz aufbewahrt zu werden, herleitete. Gleicher Werthung und ganz ähnlicher Verwendung erfreute sich in der antiken Architektur aber auch das Holz der Zypresse, das mit jenem die Eigenschaft größter Dauerhaftigkeit und Widerstandsfähigkeit gegen Feuchtigkeit, Fäulnis und Wurmfraß teilt. Da das Holz in der Politur außerdem einen sehr schönen Glanz annimmt, so wurde es vorzugsweise für die Zwecke des inneren Ausbaues, Verästelungen und Verkleidungen, benutzt, so zur Herstellung von Decken, Türen und Pfosten; Fußböden aus Zypressenholz mag in der antiken Architektur dieselbe Bedeutung wie der Parkettfußboden im heutigen Haus- und Wohnungsbau gehabt haben. Auch in der Möbelkunst fand das schöne Holz vielartige Verwendung, ebenso auch in der Bildschnitzerei, die vor allem die innerweltliche Dauer des Holzes schätzte. Ein viel verwendetes Bauholz war bei den Alten auch das Palmenholz, das seiner Leichtigkeit und Weichheit wegen und weil es sich gut bearbeiten ließ, für verschiedene Spezialzwecke sehr geschätzt wurde. Die alten Baumeister verwandten das Palmenholz gern zur Herstellung von Horizontalbalken, denn es bestand im gesamten Altertum der Glaube,

Organisation, wie der Verband des technischen Bühnenpersonals, der angeblich 350 Mitglieder zählte, ist natürlich zu klein, um überhaupt lebensfähig zu sein und ersprießlich wirken zu können. Nach einer Feststellung der Generalkommission soll der Transportarbeiterverband 180 Theaterarbeiter organisiert haben, während in unserem Verbands 750 dieser Kollegen vereinigt sind. Da auch der Verband der Metall- und Holzarbeiter seine Mitglieder nicht preisgeben will, so wäre auch hier der Effekt nichts anderes, als ein Fortbestehen der bisherigen Zersplitterung. Unsere Organisation hat sich seit einem Jahrzehnt besonders auch die Organisierung der Theaterarbeiter angelegen sein lassen, während sich andere Verbände absolut nicht darum kümmern. An den einzelnen Orten, wo größere Theater bestehen, führte Nieber den Beweis, daß es lediglich unser Verband gewesen ist, der sich mit aller Energie der Theaterarbeiter angenommen hat, und deshalb sei es wohl nicht mehr als recht und billig, daß diese Berufsgruppe nach wie vor zu uns zu zählen ist. Dies um so mehr, als wohl die allermeisten Theater in städtischer, staatlicher und höflicher Verwaltung stehen. Soweit Privattheater in Betracht kommen, erhalten auch diese meist einen ganz bedeutenden Zuschuß von Stadtverwaltungen. Gerade für Gemeinde- und Staatsbetriebe ist die einheitliche Zusammenfassung ohne Unterschied des Berufes in die Betriebsorganisation notwendig; diese Auffassung wird richthlos geteilt wohl von den allermeisten der in den Parlamenten tätigen Genossen.

Angeichts der Bündigkeit der Ausführungen des Referenten und nachdem auch die Zeit bereits weit vorgeschritten war, fand eine Diskussion nicht statt. Die vorgesehene Resolution fand einstimmige Annahme. Sie lautet:

„In der Erkenntnis, daß nur durch einheitliche und straffte Organisation die notwendige Hebung der wirtschaftlichen Lage des technischen Bühnenpersonals erlangt werden kann, richtet die in Stuttgart tagende Konferenz süddeutscher Theaterarbeiter an alle Berufscollegen die dringliche Aufforderung zum Anschluß an die freigewerkschaftliche Organisation.

Bei der Eigenart des Theaterbetriebes und der verschiedenen speziellen Verwendung der Bühnenarbeiter erscheint der einheitliche Zusammenschluß in einer Organisation als Grundlage des Erfolges und somit im Interesse des Jeldes jeder Organisation überhaupt gelegen. Angeichts der Tatsache, daß sich die überwiegende Mehrzahl der Theater in städtischer, staatlicher oder auch höflicher Verwaltung befinden, zum Teil das technische Bühnenpersonal in städtischen und staatlichen Diensten noch anderweitige Verwendung findet, erklärt die Konferenz den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter als die für das technische Bühnen- und Garderobepersonal zweckentprechendste und geeignetste Organisation; Pflicht und Aufgabe des technischen Bühnenpersonals in allen deutschen Theatern

ist es deshalb, diesem Verbands beizutreten und nach Kräften für dessen Ausbreitung zu wirken.“

Zum Schluß wurden noch verschiedene Wünsche von den Delegierten geäußert, so daß eine Konferenz der Theaterarbeiter für das ganze Reich, und zwar möglichst während der Sommermonate stattfinden solle. Weiter, daß das Protokoll zukünftig stenographisch aufgenommen werden solle. Solche kleine Broschüren würden auch gut als Agitationsmittel zu verwenden sein. Diese und noch einige andere Wünsche wurden als Material dem Verbandsvorsitz überwiefen.

Die Verwaltung der beiden Stuttgarter Theater, die erst vor einem Jahre fertiggestellt wurden und die mit allen modernen technischen Einrichtungen versehen sind, hatte in liebenswürdiger Weise die Besichtigung durch die gesamten Kollegen gestattet.

Eine von der Stuttgarter Filiale arrangierte gemütliche, schwäbische Unterhaltung vereinigte die Kollegen noch für den Abend. Die Stuttgarter Tagung wird den Delegierten nicht nur praktische Winke und Anregungen sowohl für die Betätigung als auch für den gewerkschaftlichen Kampf gegeben haben, sondern sie wird ihnen auch sonst in recht angenehmer Erinnerung bleiben.

F. S.

Kirche und Gewerkschaften in Deutschland.

Von Dr. Erdmann, Mitglied des Deutschen Reichstags.

II.

Die bloße Warnung der katholischen Arbeiter vor der sozialistischen Verführung, ihre Aummunition durch Wort und Schrift, wie sie der katholische Volksverein betrieb, genigte nicht. Die katholischen Arbeiter hatten, abgesehen von ihren religiösen und politischen Interessen, auch wirtschaftliche Bedürfnisse. Und so sehr sie auch von ihren geistlichen und amtlichen Führern zur Bescheidenheit, zur Entzagung, zum Verzicht auf die Güter dieser irdischen Welt ermahnt wurden, sie begannen doch das Verlangen nach kürzerer Arbeitszeit, nach höheren Löhnen zu empfinden und die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation einzusehen. Ein Teil von ihnen befand sich in den sozialistischen Verbänden und fühlte sich dort ganz wohl. Es war mit dem Fortschritt der sozialistischen Bewegung zu erwarten, daß immer mehr katholische Arbeiter ihr zuströmten, dort ihr Klassenbewußtsein stärkten, sich modernen Anschauungen zuwandten und die Anhänglichkeit an ihre klerikalen Führer im geistlichen wie im weltlichen Gewande verließen.

Dieser Gefahr war sich das Zentrum bewußt und es traf Vorkehrungen, sie abzuwenden. Nach Fall des Sozialistengesetzes begann in der Breite des Zentrums die Diskussion über die Art und

daß sich Balken aus Palmenholz unter der Last nicht nach unten, sondern nach oben, der Last entgegen, biegen, ein Glaube, der freilich kaum mehr als ein Aberglaube der alten Architekten zu nennen ist. Für Vertikalbalken dagegen wurde das Holz des Delbaums gern und viel verwendet. Auch das seltene und kostbare Ebenholz war schon im Altertum für jede Art der Holzarbeit hochgeschätzt und wurde zu diesem Zweck in erheblichen Mengen aus Indien und Afrika, den Hauptregionen der Herkunft des Holzes, eingeführt, sei es im Tauschhandel mit den Negeren, sei es, wie es besonders bei den Römern der Fall war, als Tribut barbarischer Völker. Die Dichte und Festigkeit des Holzes sowie auch seine hohe Dauerhaftigkeit werden von den Alten oftmals rühmend erwähnt, ebenso aber auch die hervorragend schöne Wirkung, die das pelierte Holz erzielt. Seiner Kostbarkeit und Seltenheit wegen konnte das edle Holz nur in sparlicher Weise für feinste architektonische Zwecke, zur prächtigen Ausstattung von Bauwerken, für Zierrate, Einlegearbeit, zur Herstellung von Schmuckläulen und Schnitzereien, auch kostbarer Möbel und für ähnliche auserwählte Zwecke verwendet werden. Ein hochgeschätztes Schmuckholz für feinste Zwecke der Architektur und der Möbelbaukunst war ferner auch das Holz des Lebensbaumes, das, wie noch heute, vornehmlich in Nordafrika heimlich war, und für welches ganz enorme Summen bezahlt wurden. Ein Spezialzweck dieses Holzes war seine Verwendung zu Prunkstischen jeder Art, vornehmlich der hervorragend schönen Maserung wegen, die das Holz aufweist.

Einer ebensolchen Beliebtheit seitens der antiken Baukünstler, wie die edlen Hölzer, errieten sich auch die edlen Gesteine, Granit, Porphy, Spenit, Serpentinstein u. a. Dienten als Schmuckmaterialien für feinere architektonische Zwecke, in ganz besonders hohem Maße aber Marmor, das klassische Ziermaterial der antiken schönen Architektur. Die Verwendung des Marmors ist nahezu ein eigenes Kapitel der antiken Baukunst. Schon bei den alten Kulturvölkern

der Ägypter und Babylonier finden wir eine ausgedehnte Verwendung des edlen Gesteins. Tempel, Paläste und sonstige Prachtbauten wurden mit Marmor und Alabaster ausgekleidet, auch Reliefwände aus diesem hergestellt. Bei den alten Ägyptern und ebenso auch bei den Phöniziern finden wir bereits eine vorgeschrittene ornamentale Bearbeitung des Marmors aus dem vollen Block, finden wir kunstvoll gehauene Säulengänge, Kapitäle, Grabdenkmäler, Sarkophage, auch Marmormöbel als Erzeugnisse eines bereits hochentwickelten Kunstgewerbes vor. Das klassische Zeitalter des Marmors und seiner künstlerischen, kunstgewerblichen und architektonischen Verwendung aber beginnt bei den Griechen, dem kunstliebendsten Volke der Kulturgeschichte. Hier beginnt vor allem die Schätzung des seltenen weißen Marmors und dessen Bearbeitung für die Zwecke der Bildhauerkunst, die hier ihren Anfang nimmt und für die das edle und bildungsfähige Material die fruchtbarste Grundlage ihrer technischen und künstlerischen Entwicklung wurde. Die mächtigen Brüche des Penthelitongebirges bei Athen, auf den Inseln Paros, Paros, Syros und Chios, vom Symethos in Kleinasien und in zahlreichen anderen Gegenden lieferten der antiken Bildhauerkunst und Architektur einen unübertrefflichen weißen Marmor, während farbiger Marmor in den verschiedensten Arten für dekorative, kunstgewerbliche und architektonische Zwecke und zum Innenausbau in ausgedehntem Maße verarbeitet wurden. Die Schönheit des Marmors und seine Bearbeitung durch die Hand des Künstlers und Architekten findet schon in den Gefängen eines Homer begeisterten Widerhall. Die Erfindung der für Architektur und Kunstgewerbe gleich hochwichtigen Kunst des Marmorlehnens wurde von den Alten dem kriegerischen Volk der Karier aus Kleinasien zugeschrieben, diese sollen es gewesen sein, die Marmor in Plattenform zuerst bei dem Bau des Mausoleums in Halikarnos verwendet haben, womit hier die Aera der Verwendung und Bearbeitung des Marmors für die Zwecke der architektonischen Bekleidung und Ausstattung be-

Weise, wie man der Gefahr begegne, daß die katholischen Arbeiter dem Einfluß der sozialistischen Verbände verfielen und damit schließlich völlig der Sozialdemokratie ausgeliefert würden. Verschiedene Vorschläge wurden laut. Zuerst wurde der Gedanke geäußert, die katholischen Arbeiter in großer Zahl den sozialistischen Verbänden zuzuführen, damit sie dort die Mehrheit erhalten und den christlichen Geist zur Herrschaft bringen sollten. Der Gedanke wurde bald wieder aufgegeben, da man sich bewußt war, daß eher die christlichen von den sozialistischen als umgekehrt die sozialistischen von den christlichen belehrt werden würden. Dann erarbeitete man den Plan, in den katholischen Arbeiter- und Gesellenverbänden berufliche Untergruppen zu bilden und durch diese die gewerkschaftlichen Interessen der katholischen Arbeiter wahren zu lassen. Weiter wurde vorgeschlagen, Gewerkschaften auf katholischer Grundlage zu gründen, die dann bei Lohnbewegungen und größeren Aktionen mit ähnlichen Organisationen auf evangelischer Seite zusammen vorgehen sollten. Endlich kam der Vorschlag, Gewerkschaften für die gläubige Arbeiterschaft insgesamt, also für katholische und evangelische Arbeiter gemeinsam, zu gründen, von denen nur die Sozialdemokraten ausgeschlossen sein sollten.

Die Vielfältigkeit der Vorschläge beweist, welche Schwierigkeiten dem Zentrum die Sache machte. Es war sich bewußt, daß etwas geschehen mußte, um das erwachende Organisationsbedürfnis der katholischen Arbeiter zu befriedigen; es wollte sie nicht den sozialistischen Verbänden zuwenden, aber auch nicht eine Kampforganisation eigens für sie errichten, damit waren weder die katholischen Unternehmer einverstanden, noch lag es in der Absicht der Kirche, die Arbeiter zur Selbständigkeit und zum Massenbewußtsein erwecken zu lassen. So wurden denn Versuche in dieser oder jener Richtung gemacht, so daß bis 1900 die christliche Gewerkschaftsbewegung ein gar buntes Bild von Richtungen und Bestrebungen gewährte. Nach langen und erregten Auseinandersetzungen kam dann diejenige Richtung zum Siege, die den katholischen Volksgenossen hinter sich hatte: die interkonfessionelle christliche Gewerkschaft, d. h. diejenige Organisation, die sowohl katholische wie evangelische Arbeiter aufnimmt.

Die katholischen Röhrliter und Meriter wählten diese Form, um die Unterstützung der evangelischen Arbeiter zu erhalten und um von der Organisation den Verdacht einer ausschließlich katholischen und zentrumpolitischen Veranstaltung fernzuhalten. Im übrigen brauchten sie nicht zu fürchten, daß der evangelische Einfluß in den christlichen Gewerkschaften den katholischen unterdrückt hätte. Die evangelische Kirche hat ihre Arbeiter lange nicht so in der Hand wie die katholische; die meisten evangelischen Arbeiter, soweit sie politisch oder gewerkschaftlich interessiert sind, stehen auf politischem Boden. Es war vorauszu sehen, daß immer nur ein

verhältnismäßig geringer Teil der evangelischen Arbeiter den christlichen Gewerkschaften beitreten würde. So ist es auch gekommen. Nicht einmal der zehnte Teil der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften gehört dem evangelischen Glauben an, neun Zehntel sind Katholiken und echte Zentrumsänner. Die Interkonfessionalität ist nur ein täuschendes Mäntelchen. In Wirklichkeit sind die christlichen Gewerkschaften römisch-katholische, papistische Organisationen.

♦ Aus den Gemeinden ♦

München. Aus dem Haushaltsplan läßt sich feststellen, wie hoch die Zahl der pensionierten städtischen Arbeiter und deren Rentenbezüge sind. Es ergibt sich, daß nach dem Stande vom 1. Juli 1912 zusammen 152 städtische Arbeiter pensioniert waren, darunter 136 männliche und 16 weibliche. Die Gesamtsumme der 1912 angefallenen Renten betrug 73 461,35 Mk. oder im Durchschnitt pro Kopf 483,30 Mk. Am 1. Juli 1913 waren 179 Pensionierte vorhanden, darunter 159 Arbeiter und 20 Arbeiterinnen. Die Gesamtsumme der nach diesem Stande für 1913 zu zahlenden Renten betrug 86 142,95 Mk. oder im Durchschnitt pro Kopf 481,25 Mk. Sind diese Renten auch nicht zu verachten, so bleiben sie doch um ein Erhebliches niedriger wie bei den städtischen Beamten.

Berlin. Die Aufbesserung der Gehälter der städtischen Beamten und der städtischen Arbeiter war kürzlich Gegenstand einer vertraulichen Besprechung der Stadtverordneten im Gemeinderats-Justizsaale. Im Etat unserer Stadt sind für diese Zwecke bereits 15 000 Mk. in Ansatz gebracht. Wie die „J. Jtg.“ mitteilt, stellten sich die Stadtverordneten allgemein auf den Standpunkt, daß gemäß der gesteigerten Anforderungen des heutigen Wirtschaftslebens eine Aufbesserung der Löhne der Arbeiter und eine solche der Gehälter der Verwaltungsbeamten unumgänglich notwendig sei, es wurde auch nicht verkannt, daß, wenn wirklich etwas Durchgreifendes getan werden sollte, die Summe von 15 000 Mk. kaum ausreichen dürfte. Es wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, innerhalb drei Wochen eine Vorlage betreffs der Erhöhung der Löhne bezw. der Gehälter und Vorschläge über die Deckung der eventuellen Mehrausgaben dem Gemeinderat zu unterbreiten. Soffizient gibt man nicht wieder nach oben mit Scheffeln und nach unten mit Löffeln. Hierzu müssen wir noch bemerken, daß es nun bald an der Zeit ist, auf unsere Petitionen etwas zu erreichen. Der Magistrat hat ja nach zwei Jahren, seit Heberreichung der ersten Petition, noch nichts hören lassen, sondern die Herzen im Magistrat haben es vorgezogen, sie in den Papierkorb verschwinden zu lassen. Die zweite Petition läuft seit dem 1. Juni 1913, und endlich bequemt sich der Magistrat, etwas zu unternehmen. Wären wir nun nicht anders mit der zweiten Petition vorgegangen, so wäre dieselbe am Ende auch verschwunden; aber wir haben sie an jeden

ginnen würde. Welche Ausdehnung die Marmortechnik und die Verwendung des edlen Gesteins für architektonische Zwecke bei dem Griechenvolk erfuhr, dafür mag angeführt sein, daß der edle Marmor auf der Insel Naxos, den wir heute als einen der teuersten Bildhauermarmore schätzen und verwenden, von den Bewohnern der Insel außer zu anderen Zwecken, auch zur Herstellung von — Dachziegeln verwandt wurde; der Grieche Bzyes aus Naxos soll um das Jahr 575 v. Chr. die Kunst, Marmorziegel zu schneiden, erfunden und bei seinen Landsleuten eingeführt haben.

Von den Griechen ging Bearbeitung und Verwendung des Marmors in nahezu unveränderter Form auf die Römer, die welt- und kulturgeschichtlichen Nachfolger jener, über, allerdings erst in späterer Zeit des Römerrreiches, etwa seit der Zeit Julius Cäsars, der sich sehr um die Hebung der Marmorindustrie bemühte und eine Reihe von Brüchen in Italien, darunter die Carrarischen Brüche, erschließen ließ. In der Zeit der römischen Kaiser fand dann ein kolossaler Aufschwung in der Verwendung edler Marmorarten für die Zwecke der Plastik wie auch der Baukunst, des Kunstgewerbes und auch des Möbelbaues, statt. Aus allen Ecken der Welt, wo überhaupt Marmor zu finden war, schleppten die Römer das kostbare Gestein in ihr Land, oftmals unter ganz ungeheuren Schwierigkeiten, die der Transport dieser ganz ungeheuer schweren Marmorblöcke verurteilte, zumal dieser damals noch nicht auf dem schnellsten und bequemeren Seeweg, sondern auf dem Landweg erfolgte, auf welchem die Blöcke auf schweren, oftmals mit Duzenden, ja Hunderten von Zugochsen bespannter Wagen selbst über die weitesten Strecken und die schwierigsten Wege geführt wurden. Die Folge war, daß sich in Rom im Laufe der Zeit ganz ungeheure Mengen von Marmor anhäufeten. Zahlreiche Tempel und Prachtgebäude, auch Wohnhäuser sehr reicher und vornehmer Privatleute wurden ganz oder teilweise aus Marmor hergestellt, und wie in allem, so trieben die Römer auch in diesem edlen Material einen Aufschwung

der nahezu zur Ausartung wurde. Vollständig aus Marmor waren der Vestatempel, die Trajanssäule, der Triumphbogen des Titus und des Konstantin und noch zahlreiche andere öffentliche Bau- und Kunstwerke. Die ständig anhaltende starke Nachfrage nach Marmor, besonders nach den edlen und edelsten Sorten, veranlaßte den Kaiser Nero, alle Marmorbrüche für Staatseigentum zu erklären, womit nahezu für die gesamte damalige Kulturwelt ein Monopol geschaffen wurde, aus dem die römischen Staatskassen gewaltige Summen zogen. Niemals wieder haben Kunst, Kunstgewerbe und Architektur eine solche Ausdehnung in der Verwendung des Marmors erreicht wie in der Antike.

Eine hervorragende Rolle in der Wohnungskunst des Altertums endlich spielte die Wandmalerei, die der Ausschmückung der Räume der Wohnungen, der Hallengänge, der Tempel, Paläste, öffentlichen Gebäude usw. diente. Zahlreiche Erzeugnisse der antiken dekorativen Wand- und Stubenmalerei sind bis auf den heutigen Tag erhalten geblieben. Bei der Ausgrabung der vom Vesuv im Jahre 79 n. Chr. verschütteten Städte Herculaneum und Pompeji, sind zahlreiche solcher Wandgemälde gefunden worden, die uns den Beweis liefern, daß die Wandmalerei im griechischen und römischen Altertum in ausgedehntestem Umfange betrieben wurde und damals nicht nur die reichen und vornehmen, sondern auch die mittleren und ärmeren Schichten der Bevölkerung sich des Schmuckes guter Wandmalerei in ihren Wohnungen erfreuen konnten, ein Umfang dieser Dekorationskunst, wie er nicht wieder erreicht worden ist, wobei wir allerdings berücksichtigen müssen, daß in späterer und in neuerer Zeit die Anwendung der Tapete eine solche weitgehende Ausdehnung der Wandmalerei, praktisch wenigstens, wenn auch keinesfalls künstlerisch, erlebt hat. Die Wandmalerei der Alten war Freskomalerei, d. h. die Gemälde wurden auf noch nassem Mauerbewurf, der als Malgrund diente, gemalt. Der noch frische (italienisch: *fre-co*) Mauerbewurf hat dieser Kunst ihren Namen

Stadtverordneten gesandt. Der Magistrat zu Herbst bezahlt ja auch noch Löhne von 19 Pf. pro Stunde, im Winter sogar bei verkürzter Arbeitszeit. Wir fragen denjenigen, welcher noch keine Not gelitten hat, ob dieser Lohn für Brot und Lebensunterhalt oder für die Wohnungsmiete reicht? Darum Kollegen, tretet unserer Organisation bei.

• Rus Politik und Volkswirtschaft •

Buchdrucker und Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine
m. b. H. Der von uns in voriger Nummer kurz erdeterre Konflikt ist nunmehr durch die folgende Erklärung beigelegt: Nach einer beide Teile befriedigenden Erledigung der in den Verhandlungen vom 15. Mai 1913 vertagten Beschwerden des Buchdruckerpersonals der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. fand am Montag, 27. Oktober 1913, eine Sitzung statt, an der als Vertreter des Deutschen Buchdruckerverbandes die unterzeichneten E. Döblin, W. Dreier und Fr. Humler, als Vertreter der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. die unterzeichneten geschäftsführenden Vorstandsmitglieder Heinrich Kaufmann, Dr. August Müller, Hugo Wäselin und der Vorsitzende des Aufsichtsrats A. v. Elm teilnahmen. Die Beteiligten haben sich über alle schwebenden Differenzen eingehend ausgesprochen und festgestellt, daß manche Mißverständnisse dazu beigetragen haben, die Situation gegen den Willen der Beteiligten zu verschärfen. Alle Mißverständnisse sind zu beiderseitiger Zufriedenheit durch die gegebene Aufklärung beseitigt. Die Unterzeichneten ersuchen deshalb, die Auseinandersetzungen über die Differenzen in der Presse und in den Versammlungen in allseitigem Interesse einzustellen. Beide Organisationen verständigten sich dahin, daß, falls in Zukunft größere Differenzen wieder vorkommen sollten, die Zentralleitung beider Organisationen versuchen wollen, sie in freundschaftlicher Weise zu erledigen. Folgen die Unterschriften der Vertreter. — Hoffentlich gibt's nun aber endlich für längere Zeit Ruhe!

• Notizen für Gasarbeiter •

Berlin. (A. G. G. A.) Eine gut besuchte Versammlung der Automatenfahrer und Wasseraufgießer der Englischen Gaswerke beschloß sich mit den Vorständen in diesen Betrieben. Jede noch so geringfügige Lohnerböhung, die gewahrt werden muß, alle Vergünstigungen, die den Konsumanten zuteil werden, um etwa aufstrebende Konkurrenz zu schlagen, soll wieder durch vermehrte Ausbeutung der Arbeiterdeckel, wenn möglich im doppelten Maße, wettgemacht werden. Die Arbeitsleistung für die Wasseraufgießer wird in 16 Paragraphen einer Lohnabweisung mit 61 Bestimmungen festgelegt. Jede, wer gegen eine dieser Bestimmungen

verstößt und es kommt zu einer Beschwerde durch die Konsumanten. Eine Verwarnung oder auch die Entlassung ist dann nicht weit im Felde. Auf der anderen Seite können aber die getroffenen Bestimmungen, wenn die geforderte Arbeit geleistet werden soll, nicht beachtet werden. Würden die Bestimmungen beachtet, dann können höchstens zwei Drittel des geforderten Pensums geschafft werden. Die maßgebenden Beamten müssen darüber ganz genau informiert sein. Wenn durch irgendein bei der Art der Arbeit erhebliches Versehen Leben und Gesundheit der Konsumanten gefährdet wird, dann haßt man dem Wasseraufgießer die Schuld auf. Dann vertritt man sich hinter die Bestimmungen der Dienstordnung! Die Konsumanten der englischen Gaswerke müssen in ihrem eigenen Interesse Etwas geben, das bei der Standaufnahme und der Modernisierung der Gaswerke die zu erledigende Arbeit ordnungsgemäß auszuführen wird. Es ist zu beachten, daß der Stand der Gasmeister richtig abgesehen wird, um Differenzen in bezug auf das zu begebende Gas vorzubeugen. Im besonderen ist aber darauf zu sehen, daß bei der Kontrolle des Gasmeisters stets genügend Wasser aufgeschossen wird und der Gasmeisterbahn oder die Föhne der Beleuchtungsgegenstände in die vorliegende Lage gebracht worden sind. Außerdem muß sich der Kontrollleur stets von der ordnungsmäßigen Instandhaltung und der Sauberkeit der Verschraubungen usw. überzeugen lassen. Es gilt leider — und darüber klagen die organisierten Kollegen ganz besonders — Elemente genug, die von den treibenden Beamten aufgebracht, unter Nichtbeachtung der getroffenen Vorkehrungsregeln das geforderte Pensum in die Höhe treiben. Organisierte Arbeiter haben durchaus nichts dagegen einzuwenden, wenn die Gaskonsumanten zu ihrem eigenen Schutze die zu leistenden Arbeiten überwachen. Ähnliche Mißstände treten auch bei den Käufern der Automatenfahrer dieser Gesellschaftsart auf. Dieselben müssen 1000 Mk. Mauten stellen und mit 250 Mk. Anfangslohn lassen sie ohne Kautionsgeld für jede Differenz. Es wird von den Beschäftigten natürlich stets zu wenig geleistet. Die Anteilhaber veranlaßt hier, wie auch bei den Wasseraufgießern, eine Reihe nicht ganz nachahmlicher Kollegen zur Leistung von Unbezahlten Überstunden, nur um den geforderten Anforderungen einigermaßen gerecht zu werden. Die Gesellschaft, die Jahr für Jahr Millionengewinne erzielt, weigert sich, die geleisteten Überstunden zu bezahlen. Schuld an diesen Mißständen trägt auch der Umstand, daß die früher bestehenden Arbeiterausstände beseitigt worden sind. Alle Bestände der Arbeiterdeckel zur Wiedereinführung einer solchen Arbeitervertretung sind an dem Widerstand der Verwaltung gescheitert. Wir meinen, daß eine Gesellschaft, die zu einem sehr erheblichen Teil auf die Arbeiterdeckel als Konsumanten angewiesen ist, etwas weniger rückständige Arbeiterpolitik treiben sollte, als sie bisher für sich behält. Den Konsumanten der englischen Gaswerke möchten wir aber den Rat geben, darauf zu achten, daß bei der Kontrolle der Gasmeister mit der nötigen Gewissenhaftigkeit verfahren wird. Nur so kann verhindert werden, daß die betriebliche Ausbeutung der Arbeiter sich nicht an den Konsumanten trägt.

gegeben; Freskomalerei heißt also soviel wie Frischmalerei. Schon die alten Ägypter und die anderen alten orientalischen Völker wandten die Freskomalerei zur Ausschmückung ihrer Wohnungen an, genauere Mitteilungen besitzen wir jedoch erst über diejenigen der alten Griechen und Römer. Die römischen Geschichtsschreiber Plinius und Vitruv haben uns über die Technik der antiken Freskomalerei sehr eingehende Mitteilungen hinterlassen. Der Maler ging die Arbeit des Maurers voran, der den Mauerbewurf, den Stuck, auf dem jene aufgetragen werden sollten, herzustellen hatte, eine Arbeit, auf welche die größte Mühe und Sorgfalt verwandt wurde, und für welche es zahlreiche technische und Herstellungsgeheimnisse gab. Der Stuck mußte vor allem vollkommen glatt sein. Nach den genannten Schriftstellern wurde der Bewurf in der Weise hergestellt, daß man auf die Wand zunächst drei Lagen Sandmörtel auftrug, auf welche dann noch zwei oder drei Lagen Marmor- oder, der aus gestochenem Marmor und Kalk bestand, folgten. Durch Glätten mit Fußhobeln wurde eine vollkommene Ebenmäßigkeit des Bewurfs erreicht. Die Stärke des Bewurfs betrug 5 bis 8 Zentimeter, war also wesentlich dicker als der Bewurf für die heutige Freskomalerei, der zumeist nur 3 bis 4 Zentimeter stark gehalten wird. Die einzelnen Architekten und Künstler hatten fast alle ihre eigenen Rezepte, um einen möglichst guten, gleichmäßigen, glatten und besonders auch dauerhaften Bewurf zu erzielen, sowie auch, um den Farben der Malerei eine möglichst große Haltbarkeit zu verleihen. Von dem Freskomaler Panaenos, der den Tempel zu Elis mit sehr berühmt gewordenen Wandgemälden schmückte, wird mitgeteilt, daß er den Mortel, aus dem er seinen Stuck herstellte, mit Milch und Safran gemischt habe; welchen Zweck das hatte, ist nicht angegeben, jedenfalls aber hatte auch dieses Geheimverfahren den Zweck, eine möglichst große Festigkeit und Haltbarkeit des Stuckes, wohl auch der Farben, zu erlangen. Die Farben

waren Wasserfarben und wurden mit dem Pinsel aufgetragen, so lange der Stuck noch feucht war, ein Verfahren, bei dem sich die Farben mit dem Kalk fest und unlöslich verbinden, und so ihre Dauerhaftigkeit und Widerstandsfähigkeit, ebenso ihre unverwundliche Frische erlangen. Nur eine beschränkte Anzahl von Farben bzw. Farbstoffen konnte für Freskomalerei verwandt werden, die Auswahl und Zusammenfügung dieser Farben war wiederum zum Teil Geheimnis der verschiedenen Malkünstler. Die Darstellungen der Wandmalerei waren zumeist aus der Heiden- und Kriegslage, der Anthropologie, der politischen Geschichte, aber auch dem wirtschaftlichen und gewerblichen Leben entnommen, waren oftmals aber auch reine Phantasieerzeugnisse. Allgemein fand der kunstgewerbliche Maler, der Bau- und Dekorationsmaler hier ein großes und fruchtbares Gebiet der Betätigung. Für Tempel und sonstige hervorragende öffentliche wie auch private Gebäude verschmückten es aber selbst die hervorragendsten Künstler nicht, ihre Kunst in den Dienst der Wandmalerei zu stellen, daher finden wir fast alle hervorragenden Künstler, die uns in der Geschichte der antiken Malerei entgegenreten, zugleich auch als Schöpfer hervorragender Fresken. Von der ganz hervorragenden Technik der Herstellung der antiken Fresken, von der Güte und Dauerhaftigkeit, ja Unverwundlichkeit des Mauerbewurfs, wie auch von der außerordentlichen Haltbarkeit der verwandten Farben, spricht am besten der Umstand, daß die aufgefundenen antiken Fresken, die zum Teil ein Alter von nahezu 2000 Jahren haben, sich bis auf den heutigen Tag erhalten haben, teilweise noch sehr frisch wirken und sogar die Abnahme von den alten Mauern und die Überführung in unsere Museen verzögern, was freilich nur der hochentwickelten archäologischen Technik möglich war.

Aus unserer Bewegung

Berlin-Weiskeser. Die Gemeindeverwaltung läßt es (besonders in bezug auf die Umgestaltung des Arbeitsverhältnisses) aus einem Mangel an einem Rechtsverständnis an jeder sozialen Einwirkung fehlen. Hier besteht weder eine Arbeitsordnung noch gar ein Arbeiterausschuß. Die Vertretung der Arbeiterschaft bei Bescheiden usw. soll — man staune — der Beamtenschaft übertragen werden. Anders kann doch die Verfügung, daß alle Bescheiden nur den Vorgesetzten zu unterbreiten sind, nicht aufrechterhalten werden. Die Gemeindeverwaltung prunkt natürlich nach außen mit einem nicht zu übertreffenden patriarchalischen „Wohlfühlen“. Mit der notwendigen Klame für die Gemeindeverwaltung werden Gnadenakte für die Arbeiterschaft in Szene gesetzt. Ende vorigen Jahres wurde in der Gemeindevertreterversammlung die schleunige Durchführung eines Reglements für die Verwilligung von Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung damit begründet, daß dadurch der Arbeiterschaft ein „Weihnachtsgeschenk“ baldreichlich gewährt werden solle. Dieses Reglement ist in seinem mehr als wertwürdigen Bestimmungen schon in Nr. 8 der „Gewerkschaft“ d. J. behandelt worden. Bezeichnend ist nun, daß die Bestimmungen für die Arbeiter erst mit dem 1. April d. J. in Kraft treten sollten. Bis jetzt ist aber in den Kreisen der Gemeindeglieder noch nicht festzustellen gewesen, daß das mit großer Klame angekündigte Weihnachtsgeschenk zur Durchführung gelangt ist. Als Vorbedingung für die Gewährung des Ruhegeldes usw. ist im § 1 festgelegt, daß nur „den nach dem 21. und vor dem 30. Lebensjahre auf Grund eines Gesundheitsattestates des Gemeindevorstandes im Wege des privatrechtlichen schriftlichen Dienstvertrages eingestellten ständigen Arbeiter ein Ruhegeld gewährt wird“. Diese Vorbedingung — Abschluß eines schriftlichen Dienstvertrages mit den ständigen Arbeitern — ist nach Kenntnis der Arbeiter selbst bei 4 Personen erfüllt. Von den circa 125 beschäftigten und eventuell in Frage kommenden Arbeitern wird also 4 Personen bei Erfüllung der getroffenen Vorbedingung das Ruhegeld, natürlich ohne Rechtsanspruch, in Aussicht gestellt. Das ist ein Weihnachtsgeschenk, wie es leider die Not des Lebens den Arbeiter oft zwingt seinen Kindern zu gewähren. Da wird nach dem Fest der Liebe und Geschenke das Wiegenpferd oder die Puppe fein säuberlich fortgelegt, um ein Jahr später eine fröhliche, vielleicht neulandartige Auerhebung zu feiern. Das kann man hier verstehen und vergeihen. Nur die Weiskeser Gemeindeverwaltung gibt es für diese Praktik ohne seine Entschuldigungsgründe. Es ist ihr nur das Ergebnis anzustellen, daß sie es meierlich verstanden hat, die Öffentlichkeit irrezuführen. Zu den Bestimmungen ist als Nachtrag von den sozialdemokratischen Gemeindevorstellern beantragt worden, daß auch die „nichtständigen“ Arbeiter in der Regel nach drei Jahren als ständige Arbeiter geführt werden sollen. Dieser Antrag wurde angenommen. In bezug auf das vorliegende Reglement würde das besagen, daß mit den in Frage kommenden Personen der schriftliche Dienstvertrag als ständige Arbeiter abgeschlossen werden müßte. An eine Beachtung dieser Bestimmung ist bis heute auch noch nicht gedacht worden. Falls das aber in diesem Jahre (als Weihnachtsgeschenk) geschehen sollte, erühdn wir, die früher bestehenden Verträge nicht etwa zu verschlechtern. Wir sehen nämlich vor, daß nach einem Jahre Krankengeldanspruch gewährt werden soll. Weiter regelte der Vertrag auch die Fortzahlung des Lohnes bei militärischen Übungen und unerschuldeten Versäumnissen durch gerichtliche Termine usw. Wenn man die Gewährung der sozialen Einrichtungen schon — unsozial genug — abhängig macht von solchen mehr wie rückwärtigen Bestimmungen, dann soll man aber wenigstens, wenn sie erfüllt sind, nicht mehr zum fehlenden sozialen Verständnis die mangelnde Vertragstreue hinzufügen. Die Gemeindeglieder in Weiskeser können sich solche Erfahrungen nur eripieren, wenn sie durch vollständigen Eintritt in die Gewerkschaftsorganisation einen Vertragspartner schaffen, dem Achtung zu erweisen auch die Weiskeser Gemeindeverwaltung angehalten werden kann.

Chemnitz. In der außerordentlichen Generalversammlung vom 27. Oktober wurde die Wahl des Ortsbeamten vorgenommen. Der Berichterstatter der Anstellungskommission, Kolb, Richter teilte mit, daß sich für die ausgeschriebene Stelle 10 Bewerber gemeldet hatten, von denen aber nur 2 in die engere Wahl gestellt werden konnten. Kolb, Lässig wurde mit 96 Stimmen gewählt. Der Wahlertrag gab hierauf den Kasienbericht vom 3. Quartal. Die Einnahme betrug 7117,80 Mk., die Ausgabe der Filiale 1496,40 Mk. Zur Bedienung der Hauptkasse wurden ausgezahlt: 400 Mk. Sterbegeld, 652,50 Mk. Kranken- und 107,75 Mk. Arbeitslosenunterstützung. In bar wurden abgefunden 1507,09 Mk., so daß ein Kassenbestand von 3495,06 Mk. verblieb. Die Mitgliederzahl stieg von 610 auf 643. Das Sommerfest brachte einen Ueberschuß von 91,75 Mk., welcher der Filiale überwiehen wurde.

Freiburg. Am 21. Oktober fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Ein vom Kollegen Müller vorgeschlagener Lohnsatz, in welchem unsere Forderungen an die Stadtverwaltung

enthalten sind, fand einstimmige Annahme. Es soll vor allem der Anfangslohn der unteren Klassen erhöht und die neunstündige Arbeitszeit eingeführt werden. Am 8. November finden die Wahlen zum Arbeiterausschuß statt. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, kräftig für unsere Liste zu agitieren. Da nach dem Verhältniswahlssystem gewählt wird, kann eine einzige Stimme den Ausschlag geben. Sorgen wir dafür, daß nur Kollegen gewählt werden, die auch dem Vorgesetzten gegenüber den Mut haben, für die Rechte der Arbeiter einzutreten.

Halle a. S. In der Mitgliederversammlung am 19. Oktober gab Kollege Müller die Abrechnung vom 3. Quartal. Die Einnahme betrug 2367,77 Mk., die Ausgabe der Filiale 487,07 Mk., an den Hauptvorstand wurden gesandt 1214,06 Mk., bleibt ein Kassenbestand von 666,67 Mk. Kollege Lorenz erläuterte dann das Unterstützungsverfahren unseres Verbandes. Von der Partei waren Fragebogen ausgegeben und diese von 280 Mitgliedern beantwortet worden. Es lagen 212 das „Volkblatt“, 44 den „General-Anzeiger“ und 7 die „Allgemeine Zeitung“. Keine Zeitung hielten 17, doch diese waren meistens ledig. Politisch organisiert waren 74 und dem Konjunkturverein gehören 110 Mitglieder an. Der Vorstand wurde beauftragt, die Vergütungen für nächstes Jahr festzusetzen. Zum Schluß wies der Vorsitzende auf die bevorstehende Stadtratswahl hin und ersuchte die Kollegen, nur dem Kandidaten ihre Stimme zu geben, der auch die Interessen der Arbeiter vertritt.

Hamburg-Bergedorf. Für die Stadtarbeiter tritt mit dem 1. Januar 1914 die Versicherungspflicht in der allgemeinen Ortskrankenlaste in Kraft. Um die Kollegen über die Wichtigkeit dieses Verhältnisses zu orientieren, wurde in der Versammlung am 25. Oktober die Neugestaltung der Ortskrankenlaste vom Kollegen Niedeckel behandelt. Anschließend daran wurde insbesondere betont, daß sich infolge der durch die Reichsversicherungsordnung geschaffenen Verhältnisse eine rege Betätigung aller städtischen Arbeiter bei den Wahlen notwendig macht. Der Vortragende schilderte die Arbeitsverhältnisse der deutschen Gemeindeglieder, wobei er die Rückständigkeit mancher Stadterhaltung an einzelnen Beispielen drastisch nachwies. Auch in Bergedorf steht es keineswegs glänzend mit den Verhältnissen. Hier bessernd eingzugreifen sei Aufgabe der Arbeiter selbst, und zwar dadurch, daß sie sich eine wirksame Vertretung in ihrer zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter verschaffen. In der anschließenden Diskussion wurde bedauert, daß leider noch eine große Anzahl der städtischen Arbeiter in nicht für sie zuständige Organisationen ihrer Organisationspflicht genüge; diesen Zustände müsse energisch gesteuert werden. Die Anwesenden verpflichteten sich, in diesem Sinne zu wirken, damit bald Verbesserungen im Arbeitsverhältnis erreicht werden.

Hamburg-Cuxhaven. Eine Mitgliederversammlung der Betriebskrankenlaste Nr. 2 der Sektion für Strom- und Hafenbau beschäftigte sich am 25. Oktober mit der Reichsversicherungsordnung und dem Kasienstatut. Gerade das Krankenversicherungsgesetz, das sozial wirksamste von allen Fürsorgegesetzen, wird nicht genügend von den Beteiligten gewürdigt. Die Rückständigkeit in einigen staatlichen hamburgischen Betriebsklassen (zu denen auch die Betriebsklasse Nr. 2 zählt) darf zum Teil auf die Gleichgültigkeit der Kasienmitglieder zurückgeführt werden. In Anbetracht der von den Hamburger Kollegen ausgehenden Verschmelzung aller Betriebskrankenlasten muß auch den Mitgliedern der Betriebsklasse Nr. 2 dringend empfohlen werden, mit der Gleichgültigkeit zu brechen, zumal auch die bevorstehenden Ausschussswahlen, welche unter dem Verhältniswahlssystem vor sich gehen, die vollste Aufmerksamkeit der Mitglieder erfordert. Fallen die Wahlen ungünstig für die Arbeiterschaft aus, so ist erst nach vier Jahren möglich, dieses Unheil zu beseitigen. Der Gedanke der Einigkeit, welcher von den organisierten Arbeitern gepflegt wird, muß auch in bezug auf die Krankenlastenwahlen gelten. Diese Ausführungen des Kollegen Liebrecht aus Hamburg fanden den vollsten Beifall der Versammlung. Auch einige Versammlungsteilnehmer aus der Gruppe der im Auspendienst beschäftigten Unterangestellten traten der Meinung des Referenten bei. Eine Kommission, in Verbindung mit der Verbandsleitung, soll die nötigen Vorarbeiten zur Aufstellung der Vorschlagsliste für den neu zu erwählenden Ausschuss ausführen.

Hamburg-Finkenwärder. In der Diakonieversammlung am 26. Oktober wurde ein Vortrag über „Die Entwicklung der deutschen Städtegemeinden und ihre Regiebetriebe“ entgegengenommen. Zuvor befaßte sich die Versammlung mit den behördlichen Maßnahmen hinsichtlich des neuorganisierten Arbeitsnachweises sowie der neuerlichen Regelung der Arbeitszeit und Pausen. Kritik wurde insbesondere darüber geübt, daß durch die Neuordnung bei der nacheinander durch die Behörde selbst erfolgten Einstellung der Diakoniearbeiter Dürten hervorgetreten seien, die in einem Staatswesen sich nicht hätten zeigen dürfen. Gerade den alten, oft schon jahrelang bei Staatsarbeiten tätig gewesenen Arbeitern habe man durch die Neuaufnahme als Hilfsarbeiter in vielen Fällen jede Möglichkeit der Wiederbeschäftigung genommen. Zu einem Teil wären die Schäden der Einstellungsbedingungen wohl geändert

worden, immerhin bringt auch der augenblickliche Zustand noch immer für eine Anzahl Kollegen wenig Aussicht auf Weiterbeschäftigung an ihrer früheren Arbeitsstelle. Die Befanntschaft der Beschlüsse der Arbeiterausschüsse der Staderei und Paggerei löst nicht die Zustimmung der Versammlung aus. Bedauert wurde, daß die Behörde den Wünschen der Arbeiter nicht das Entgegenkommen zeige, was man erwarten konnte. Zum Schluß wurde noch auf die neuerdings von der Organisationsleitung an den Senat gerichteten Eingabe über die Verschmelzung der hamburghischen Betriebskrankenkassen hingewiesen und deren Notwendigkeit erläutert.

Kreuznach hat sich im Laufe der Zeit einen immer größeren Ruf als Vadeort erworben. Dazu im scharfen Mißklang steht sein Ruf als Arbeitgeber. Schämt sich die Stadtverwaltung doch nicht, den Straßenzweigen 1,60, 1,80 und 2 M. Tagelohn zu geben. Sie behandelt die Kollegen so, als ob sie ihnen das Unabwendbare gebe. Das kam auch kürzlich erst wieder zum Ausdruck. Die Kollegen hatten am 5. September das außerordentlich bescheidene Verlangen gestellt, doch wenigstens die Anfangslöhne auf 1,80 M. zu erhöhen. Die Baukommission konnte sich aber zur Bewilligung der paar Pfennige nicht aufschwingen, denn die Arbeiter seien ja nur zu einem Teil erwerbsfähig. Trotzdem arbeiten die Kollegen 9 Stunden täglich. Ob sich denn die Stadtväter schon einmal die Frage vorgelegt haben, wie eine Familie mit 1,60 M. pro Tag lebt? Viel besser ist es in den anderen Betrieben auch nicht. Die kürzlich von den Gasarbeitern eingereichte Eingabe wünschte eine Lohnaufbesserung, Gewährung von Erholungsurlaub, eine bessere Badeeinrichtung und einen Speiseraum. Vorkonzessionen und Urlaub zu gewahren, das ging auch dieser Verwaltung über den Horizont. Dabei betragen die Löhne bei zehnstündiger Arbeitszeit 3,30—4 M. Soweit aber Arbeiter vorhanden sind, die noch unter 3 M. verdienen, gewährt die Stadtverwaltung nun gnädigst die Bezahlung der gesetzlichen Feiertage. Beim Kanalarbau wird in Afford gearbeitet. Bei dieser harten Arbeit verdienen die Kollegen pro Woche sage und schreibe 20—23 M. Und um das Maß des Elends voll zu machen, werden die Arbeiter in allen Betrieben von den Vorgesetzten (Meistern, Vorarbeitern usw.) noch in der rüdeften Weise behandelt. Alles das können sich die Arbeiter nicht mehr länger gefallen lassen. Wir rufen sie daher auf, alle Mann am Sonntag, den 9. November, abends 6 Uhr, im Saale von Josef Niesel zu erscheinen. Dort wird Gaukler Karl Aitvater-Stuttgart über: „Die Lage der städtischen Arbeiter und wie ist sie zu bessern?“ sprechen.

Offenbach a. M. In unserer Quartalsversammlung gab der Kassierer den Kassierbericht. Die Gesamteinnahme betrug 4707,13 Mark. An Krankenunterstützungen wurden 545,10 M.; Arbeitslosenunterstützung und Unterstützung in Notfällen 120 M. Der Filialkastenbestand beträgt 2459,45 M. Der Mitgliederbestand ist 354. Kollege Veiliger erstattet den Kartellbericht. Des weitern beleuchtet er das Referat des Genossen Bruno in der Kartellführung. Auch ersucht er die Kollegen, daß sie sich politisch organisieren, soweit dies noch nicht geschehen ist. Im Anschluß hieran gab Kollege Knau einen kurzen Rückblick über die Tätigkeit der seitherigen Stadtverordnetenmehrheit. Den Delegierten zur Baufachausstellung in Leipzig wurden, soweit sie in unserem Verbands sind, je 10 M. Zuschuß bewilligt.

Pang. (Zorffschcher.) Geradezu trostlose Verhältnisse existieren bei den Zorffschchern der Saline Rosenheim. Das Zorffschchen geschieht im Afford und hängt von der Bitterung ab. Haben die Leute zur Zeit des Zorffschchens schönes Wetter, so hebt sich auch das Einkommen. In diesem Jahre aber ist dies nicht der Fall, weil es den Sommer über die meiste Zeit geregnet hat und demzufolge auch meist nicht gearbeitet werden konnte. Bis zu 250 M. beträgt bei dem Einzelnen die Mindereinnahme in diesem Jahre. Die Arbeitszeit muß an schönen Tagen eine ungemein lange sein, um den Schaden der Regentage einigermaßen wieder wettzumachen. Im Winter werden Arbeiter bis zu sieben Dienstjahren angestellt. Also nach jeder Richtung hin verbesserungsbedürftige Verhältnisse. Um die nötigen Schritte zur Besserung veranlassen zu können, fand am 26. Oktober in Pang eine Zorffschcher-Versammlung statt, in welcher Kollege W. i. h. München über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sprach. In erster Linie ist eine sogenannte Bitterungszulage als Ausgleich für den Verdienstausfall infolge des schlechten Wetters zu fordern. Uebrigens hat man auch schon in den früheren Jahren als Lohnausgleich Bitterungszulagen gegeben, so daß es einfach nicht zu verstehen ist, warum man eine solche im verflochtenen Jahre nicht für notwendig hielt. Heuer ist sie aber doppelt notwendig. Auch bezüglich der Entfernungszulage muß Entgegenkommen gefordert werden, damit den Arbeitern wenigstens die Fahrtauslagen vergütet werden. Man zählt doch andererseits auch den Herren Beamten (falls sie solche Arbeitsstellen auffinden und beschäftigen) sehr ansehnliche Diäten, so daß es auf die paar Pfennige nicht mehr zusammengehen kann, die man den Arbeitern zufolge ihrer Parasiten eigentlich schuldet. — In der Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten nur bestätigt und die unterbreiteten Vorschläge gutgeheißen. Eine der nächsten Versammlungen wird sich auch mit

der Kandidatenaufstellung zur bevorstehenden Arbeiterauswahl beschäftigen, weshalb heute schon ein guter Besuch der nächsten Versammlung vorausgesetzt werden muß.

Stettin. Wie schon an den zwei Sonntagen zuvor tagte auch am 2. November eine Versammlung speziell für die Frauen der streikenden Hafenarbeiter. Das Referat hielt Kollege Strunk. Er wies nach, daß die immer mehr um sich greifende Erwerbstätigkeit der Frau schwere wirtschaftliche Nachteile mit sich bringt. Die eheweibliche Fabrik- und Heimarbeit lockert die Familienbände und ist der Feind eines geordneten Familienlebens. In hohem Maße trifft dies auch auf die städtischen Hafenarbeiter zu. Darum erwarten die ausländischen Hafenarbeiter und deren Frauen, daß auch der Magistrat sich seiner sozialen Pflichten, auskömmliche Löhne zu zahlen, auf die Fauer nicht entziehen kann. Die versammelten Arbeiter und ihre Frauen gelobten, mit unerschütterlicher Energie in diesem Kampfe auszuhalten, bis den berechtigten Wünschen der Arbeiter Rechnung getragen wird.

Wernigerode. Eine gutbesuchte Versammlung tagte am 18. Oktober im Kochischen Restaurant. Die Abrechnung vom 3. Quartal ergab: Einnahme 449,92 M., Ausgabe 331,07 M., Bestand 118,85 Mark. Die Mitgliederzahl beträgt 65. Die Versammlung beschloß, das Geld der Filialkasse als Spareinlage beim Wernigeroder Monsumverein anzulegen.

Wittenberg. Am 24. Oktober fand unsere gut besuchte Mitglieder-Versammlung statt. Kollege Mucke gab die eingegangenen Mitteilungen bekannt. Dann gab Kollege Kochlich den Kartellbericht. Die Abrechnung vom 3. Quartal gab Kollege Börlche. Die Einnahme betrug 217,37 M., die Ausgabe 101,31 M., sonach bleibt ein Kassensbestand von 116,06 M. Ein Antrag, überflüssige Gelder beim Monsumverein anzulegen, wurde angenommen. Die nächste Versammlung findet am Sonntag, den 28. November, im „Artenprinz“, Klein-Wittenberg, nachmittags 4 Uhr, statt. Die Magistratsarbeiter werden schriftlich eingeladen.

Wittenberge. In der Versammlung vom 26. Oktober gab Kollege Sopp ein anschauliches Bild über die Ursachen des Stettiner Hafenarbeiterstreiks. An der Hand reichen Zahlenmaterials schilderte selbiger die Löhne der Hafenarbeiter sowie sämtlicher städtischen Arbeiter Stettins. Im Anschluß hieran bewilligte die Versammlung 30 M. zur Unterstützung der Streikenden aus Mitteln der Lokalkasse. Darauf gab der Vorsitzende bekannt, daß am 9. November eine öffentliche Versammlung unserer Gewerkschaft in Stiechms Volksgarten stattfindet, zu der auch die Frauen hiermit besonders eingeladen sind.

♦ Rundschau ♦

Die „Volkfürsorge“ auf dem Formarsche. Die „Volkfürsorge“ teilt uns mit, daß im Hauptbureau bis jetzt über 42 000 Versicherungsanträge eingegangen sind. Am 29. Oktober erreichte die Zahl der täglich eingehenden Anträge die Höchstziffer 1120. Diese Ziffer beweist, daß bezüglich des Neuzuwachses die „Volkfürsorge“ bald den größten Gesellschaften gleichgestellt sein wird, und das trotz aller gegen sie betriebenen geschäftigen Agitation. Für die Freunde der „Volkfürsorge“ im Lande dürfte diese Mitteilung ein neuer Ansporn sein, mit verdoppeltem Eifer ans Werk zu gehen, damit sie in kürzester Frist allen Versicherungsgesellschaften voran an erster Stelle marschieren.

Eine imposante Demonstration veranstalteten die österreichischen Staatsangestellten am 7. Oktober in Wien. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ sagt, daß mehr als 10 000 Personen an diesen Versammlungen teilnahmen. Vertreten waren in der Hauptsache Post- und Telegraphenbeamte und -bedienstete, Eisenbahner, Justizdiener usw. Freudig begrüßt wurde der Brief eines Polizeibeamten, der mitteilte, daß er und seine Kollegen dienstlich verhindert seien, im übrigen aber mit den Versammelten sich solidarisch erklären. Von den Reichsratsabgeordneten waren 11 Sozialdemokraten und 6 Bürgerliche erschienen. Der Referent Schmid gestellte mit äußerst scharfen Worten das Verhalten der Regierung und der bürgerlichen Parteien, die den Staatsangestellten schon seit langem eine Dienstreue in Aussicht versprochen und immer wieder das Versprechen gebrochen hatten. Mit großer Erregung nahmen die Versammlungen die Kritik des Redners entgegen und brachen in tosendem Beifall aus, sobald die Sozialdemokraten lobend erwähnt wurden. Nachdem eine Staatsangestellte im Sinne des Referenten gesprochen, kam der sozialdemokratische Abgeordnete Glöckel zum Wort. Unter rauschendem Beifall zog er das ganze Sündenregister der Regierung und des Parlaments an den Staatsangestellten auf, die Versammelten zu einmütigem, solidarischem Handeln auffordernd. Als der Eisenbahnbeamte Krell von der organisierten Selbsthilfe sprach, wurde er von einem anwesenden Regierungsvertreter unterbrochen. Das quittierte die Versammlung mit drohendem Beifall für den Redner. Folgende Resolution wurde dann einstimmig ange-

nommen: „Die österreichischen Staatsbeamten haben es satt, noch weiterhin mit ihren Lebensinteressen freierlich spielen zu lassen. Sie verlangen von den Parteien bei Zusammentritt des Hauses die sofortige Herbeiführung einer Klärung ihrer Fragen und erklären heute schon, daß sie für die unausbleiblichen Folgen einer weiteren Verschleppung Regierung und Parlament verantwortlich machen.“ Mit dieser wichtigen Kundgebung vergleiche man die Angstreier einer unserer deutschen Staatsbeamten und -angestellten. Wer antwortet da nicht an die Komödie, als Genosse Ströbel in Neufölln an einer Eisenbahnerversammlung einige Worte gesprochen hatte, oder an die „mutige“ Tat des Herrn Adler, der in einer gleichen Versammlung den Genossen Adolf Hoffmann aus dem Saale wies.

Die Arbeitslosigkeit. Wie alljährlich zeigte der Arbeitsmarkt nach den Berichten des „Reichs-Arbeitsblattes“ im September eine leichte Belebung gegenüber den Vormonaten. Diese Tatsache bietet jedoch keinen Anlaß, die Wirtschaftslage optimistischer zu betrachten, um so mehr, als die Besserung geringer ist als sie in früheren Jahren zu sein pflegte und die Abschwächung gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres deutlich hervortritt. Nach den Berichten der Gewerkschaften an das „Reichs-Arbeitsblatt“, die sich diesmal auf 1994261 Mitglieder erstreckten, waren Ende September 54 639 Personen = 2,7 Proz. des Mitgliederbestandes arbeitslos am Erie oder auf der Reise gemeldet. Ende August waren die betreffenden Zahlen 54 639 und 2,8 Proz. und Ende Juli 55 586 und 2,9 Proz. Ein Vergleich mit früheren Stichtagen ergibt folgendes Bild:

Ende	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
Januar	—	—	—	1,7	2,9	4,2	2,6	2,6	2,9	3,2
Februar	—	—	—	1,6	2,7	4,1	2,3	2,2	2,6	2,9
März	2,0	1,6	1,1	1,3	2,5	3,5	1,8	1,9	1,6	2,3
April	—	—	—	1,3	2,8	2,9	1,3	1,8	1,7	2,3
Mai	—	—	—	1,4	2,8	2,8	2,0	1,6	1,9	2,3
Juni	2,1	1,6	1,2	1,4	2,9	2,8	2,0	2,6	1,7	2,7
Juli	—	—	—	0,8	1,4	2,7	2,5	1,9	1,8	2,9
August	—	—	—	0,7	1,2	2,7	2,3	1,7	1,8	2,8
September	1,8	1,4	1,0	1,4	2,7	2,1	1,8	1,7	1,5	2,7
Oktober	—	—	—	1,1	1,6	2,9	2,0	1,6	1,5	—
November	—	—	—	1,1	1,7	3,2	2,0	1,8	1,7	—
Dezember	2,4	1,8	1,6	2,7	4,4	2,6	2,1	2,4	2,8	—

Nur das Krisenjahr 1908 weist also für den September eine etwas hohe Arbeitslosenziffer auf wie das laufende Jahr. Die höchsten Prozentziffern hatten im September die Gewerkschaft der Guttmacher (17,6 Proz.), die der Feinschneiderei (13,3 Proz.), die der Glaser (11 Proz.) und die der Bildhauer (10,7 Proz.). Von den großen, über 100 000 Mitglieder zählenden Verbänden bestrich die Metallarbeiterverband über 2,8 Proz., der Transportarbeiterverband über 1,6 Proz., der Fabrikarbeiterverband über 1,3 Proz., der Holzarbeiterverband über 1,1 Proz. und der Verband der Textilarbeiter über 2 Proz. Arbeitslose. Im September des Vorjahres hatten die genannten Verbände in derselben Reihenfolge 1,3, 0,9, 0,9, 2,4 und 0,6 Proz. Arbeitslose. Die Steigerung ist also durchweg eine sehr erhebliche. Berechnet man den wirklichen Umfang der Arbeitslosigkeit im letzten Quartal, indem man die Zahl der Arbeitslosen in Beziehung setzt zur Zahl der Mitglieder, so ergibt sich der Prozentfuß von 2,1 gegenüber einem solchen von 1,8 im 2. Quartal 1913 und 1,1 im 3. Quartal 1912. Die Ausweitung der Krankenkassen ergeben eine leichte Belebung des Arbeitsmarktes gegenüber dem vorhergehenden Monat, indem die Beschäftigtenziffer bei den männlichen Personen um 0,48 Proz. und bei den weiblichen um 1,38 Proz. zunahm. Doch war diese Zuwachsbewegung nicht so stark wie im September vorigen Jahres, wo sie 0,51 und 2,06 Proz. betrug. Die Arbeitererschaft hat jedenfalls alle Ursache, dem kommenden Winter mit größter Besorgnis entgegenzusehen. Er wird ohne Zweifel eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit auf einen seit lange nicht erlebten Grad bringen.

Eine Auszeichnung der gewerkschaftlichen Ausstellung in Leipzig. Die Ausstellung der gewerkschaftlichen Zentralverbände auf der Paulsch-Ausstellung in Leipzig ist schon mit der Goldenen Medaille der Stadt Leipzig ausgezeichnet worden. Mit dieser obersächsischen Würdigung der gewerkschaftlichen Ausstellung durch das Preisrichterkollegium dürften zugleich die Anwürfe einiger Schrankmacherblätter völlig entkräftet sein, die der Öffentlichkeit Gerüchten machen wollten, die Ausstellung der Gewerkschaften sei tendenziös und entstelle in grober Weise die Tatsachen. Leider (was man sagen) sind alle ihre Angaben über mangelnden Schwung für Leben und Gesundheit der Bauarbeiter nur allzu wahr.

Amose Ordnung. Immer mehr Hände, die Arbeit und Verdienst besitzen, werden beschäftigungslos. Trotzdem müssen die Arbeiter in manchen Betriebszweigen noch Überstunden und Überarbeiten schaffen. So protestierten kürzlich Arbeiter des Krupp'schen Werkes gegen die tolle Einrichtung, daß in einem Betriebe die Leistung von Überstunden verlangt werde, während in den benachbarten Betrieben Entlassungen erfolgten. Dergleichen Verhaltensweise kann man an manchem Ort finden. Auch im Bergbau werden auf der einen Stelle Überstunden verlangt, auf der anderen gibt es Freierarbeiten, gerade so, wie es den Bedürfnissen des nur auf Gewinnmacherei eingestellten Kapitals entspricht.

Die abflauende Konjunktur reißt natürlich auch die Preise der gewerblichen Erzeugnisse, soweit sie kein Monopol gegen Angriffe schützt, teilweise beträchtlich herunter. Das verschärft den Lohn- und viele Tausende von Arbeitern verdienen überhaupt nichts. Aber die Preise unentbehrlicher Nahrungs- und wichtiger Genussmittel schmelzen in die Höhe. Im Vergleich mit derselben Zeit des Jahres 1909 war z. B. nach dem Durchschnitt von 50 Markorten im Oktober des laufenden Jahres der Preis gestiegen für

1 kg Rindfleisch	von 156 Pf. auf 183,2 Pf.
1 „ Kalbfleisch	175 „ „ 204,3 „
1 „ Hammelfleisch	169 „ „ 198,4 „
1 „ Kafffleisch	73 „ „ 92,1 „
1 „ Schweinefleisch	188 „ „ 201,9 „

steigend sind auch die Preise für Milch, Butter, Eier, Gemüse, Kaffee, Thee, Döringe usw. Bei der ganzen Entwicklung kommt eine tolle Anarchie zum Ausdruck. Menschen müssen unfreiwillig hungern und hungern, Produktionsmittel und Material bleiben unbenutzt. Das kommandierende Kapital, das die Entwicklung hemmt, schwimmt im Überfluß. Ist das nicht Tollheit? Dagegen gibt es nur ein Mittel: die sozialistische Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung. Dann wird nicht mehr produziert, um Profit dabei zu machen, sondern lediglich zu dem einen vernünftigen Zweck, um Bedürfnisse zu befriedigen. Nach dieser Zweckbestimmung wird die sozialistische Gesellschaft die Erzeugung und die Verteilung der erzeugten Güter einrichten.

Bittere Wahrheiten hat der Leipziger Geschichtsprofessor Karl Lamprecht den Liberalen am 21. Oktober, bei der Jahrhundertfeier des Nationalliberalen Vereins in Chemnitz, gesagt. Er führte dort u. a. aus: „Das Zeitalter der Unternehmung 'vollkapitalistisches Zeitalter' revolutionierte unsere alten Vorstellungen vom Raum. Jedes Volk und jeder Staat streckten sich, als der menschliche Erfindungsgeist die Entfernungen überwunden hatte, über die ganze Erde aus gleich einem Riesentintenfisch. Jeder Staat des alten Europa räuberte so viel Land, als er fassen konnte. Überall griffen sie zu, wo nur der Schimmer einer Aussicht auf Erzielung einer Bodenrente winkte. Diese Auslandspolitik nannte man Imperialismus. Die am meisten geräubert hatten, wurden nun friedlich, sagten dem Waffenlärm ab, gründeten das Haager Schiedsgericht und wollten in Zukunft allen Streit durch friedlichen Rechtsentscheid schlichten. Denn sie sind im fatten West und wollen möglichst nichts ändern. So brach die Stunde für den Pazifismus (Friedenspolitik) an. Kamentlich in den englisch sprechenden Staaten. In Deutschland tut man noch immer den Pazifismus mit plattem Spott ab. Aber dabei verkennen unsere Staatsmänner, unsere Mitbürger ganz, welche ungeheure politische Macht und welche gewaltiges Machtmittel der Pazifismus heute tatsächlich geworden ist. Wir werden den Tatsachen nicht gerecht, wenn wir die Entwicklung nicht auch von dieser Seite betrachten. Wir müssen äußere Kulturpolitik treiben, wenn wir Deutschlands Ansehen und Geschäfte in der Welt fördern wollen. In Japan hatten wir vor unserer völlig verkehrten Einmischung in den Frieden von Schimonoseki gewisse Ausichten, gut aufgenommen zu werden. Jetzt sind wir dort längst vollkommen erlegt, weil die englisch sprechenden Völker den ganzen Mittelschulunterricht an sich genommen haben. Für eine amerikanische Universität in China sind in kurzer Zeit 5 Millionen zusammengebracht worden. Bei uns schreit man über jeden ausländischen Studenten, der an eine deutsche Hochschule kommt. Wie falsch, wie schädlich für Deutschland selbst. Wir haben in der Zeit des Imperialismus beim Stehlen schlecht abge schnitten, wir haben uns in der Zeit des Pazifismus vollkommen von der Welt isoliert. Warum sind wir in diese Sackgasse geraten? Es war eine geschichtliche Notwendigkeit, daß der koloniale Osten Deutschlands die politische und militärische Macht der Nation organisierte — die älteren Staaten im Westen waren dazu zu klein. Aber so werden wir nun leider vom Gebiet der geringeren Kultur beherrscht; denn unser kulturelles Zentrum liegt im Westen und Süden. Unsere unglückliche Auslandspolitik hängt aufs engste mit Deutschlands Verpreuung zusammen. Die Eisak Lothringer z. B. sind durchaus keine Franzosen, aber sie wollen sich nicht von den unliebenswürdigen Preußen kommandieren lassen. In Berlin berichtet man keine Kulturmotive. Vom Pazifismus weiß man dort höchstens, daß er die Wehrkraft schwächen kann. Daß er eine reale Macht ist, die wir anerkennen und möglichst zu Deutschlands Vorteil ausnützen müssen, davon hat man dort keine Ahnung. Der stille Kampf gegen Deutschlands Verpreuung hat längst begonnen, und am Gedenktag der Leipziger Schlacht scheuen wir uns nicht zu sagen, daß wir ihn zu Ende führen müssen.“ — Die Nationalliberalen waren bisher neben den Konterpartnern die größten Verfechter, der von Lamprecht verurteilten Politik. Leider scheinen sie in ihrer Einseitigkeit dieser Worte nicht verstanden zu haben.

Das Taylorsystem in der Praxis. Im Bundesarsenal der Vereinigten Staaten in Watertown ist das „Taylorsystem“ eingeführt. Obwohl die Arbeiter hierbei erheblich mehr verdienen als früher, sind sie mit der menschenfreundlichen Einrichtung gar nicht zufrieden. Mehrere Hundert dieser Arbeiter haben an den Kongress in Washington eine Petition gerichtet, in welcher sie es

suchen, daß das Taylor-System, weil gegen das Interesse und die Gesundheit der Arbeiter gerichtet, abgeschafft und zum alten Arbeitssystem im Arsenal zurückgelehrt werde. Anderer Meinung ist der technische Leiter des Arsenal, General William Crozier. Er hat eine Denkschrift ausgearbeitet, in welcher er nachweist, daß die Arbeiter in Gehalt von Prämien in der gleichen Arbeitszeit 20 bis 35 Prozent mehr Lohn für ihre Arbeit erhalten als früher. Bei dem neuen System bezieht aber auch die Bundesregierung 60 Prozent mehr Profit aus der Leistung der Arbeiter gegenüber der früheren Arbeitsmethode. Diese Angaben zeigen, welchen Vorteil das Taylor-System bringt — für die Unternehmer. Für die Arbeiter bedeutet es zunächst die Ausschaltung der schwächeren Kräfte, die rücksichtslos auf die Strafe gesetzt werden. Die anderen aber werden auf „wissenschaftliche“ Weise so angetrieben, daß sie mit ihrer Arbeitskraft furchtlichen Raubbau treiben müssen. In verhältnismäßig kurzer Zeit sind sie aufgebraucht und nicht mehr geeignet zur Ausbeutung nach der „wissenschaftlichen Methode“. Für den Unternehmer hat das nicht viel zu sagen, Arbeiterkrachen sind billig; er findet für die unbrauchbar gewordenen leicht Ersatz und die 60 Prozent Mehrverdienst, die er aus ihnen herauswindet, sind kein Pappentitel. Für die Arbeiter aber hat die Sache ein anderes Gesicht. Der Preis, um den sie eine Steigerung des Lohnes um 20 bis 35 Prozent einhandelt, dünkt ihnen mit Recht zu hoch; man kann es daher beargwöhnen, wenn sie von dem „Taylor-System“ erlöst zu werden wünschen.

Die Gelben — ein Fluch für die Arbeiter und ein Segen für die Unternehmer. Zuerst und am stärksten ist die gelbe Bewegung bei Krupp in Essen aufgetreten. Jetzt veröffentlicht der christliche Metallarbeiterverband ein Flugblatt, in dem er untersucht, wie sich seitdem die Löhne der Arbeiter und die Profite der Firma gestaltet haben. Ueber die Profite des Unternehmens stellt das Flugblatt folgendes fest: „Die A. G. Friedr. Krupp erzielte in den letzten Geschäftsjahren bei dem gleichen Aktienkapital:

Jahr	Reingewinn	Dividende	Reingewinn	Dividende
1908/09	17 162 268 M.	8 Proz.	1910/11	28 876 194 M.
1909/10	21 437 197 „	10 „	1911/12	33 759 462 „

Für 1911/12 ist zu bemerken, daß trotz sehr reichlicher Abschreibungen noch ein Gewinnanteil von 6 503 017 M. auf neue Rechnung vorgetragen wurde, so daß sich insgesamt für dieses Geschäftsjahr ein Reingewinn von über 40 Millionen Mark ergibt. Aus diesen Zahlen folgt also unzweifelhaft, daß die Firma Krupp in den letzten Jahren, und zwar auffälligerweise fast genau seit der Gründung der „Krupp-Wirtschaftsfriedlichen“ Gelben, einen stets steigenden Betriebsüberschuß zu verzeichnen hatte. . . . Umgekehrt ist es bei den Arbeiterlöhnen gegangen. Die Sektion Essen (das heißt Krupp) hatte im Jahre 1912 die geringste Lohnsteigerung von sämtlichen Sektionen der Salzwärker-Vereinsgenossenschaft überhaupt. Während der Durchschnittslohn um 59 M. stieg, ist er in der Sektion Essen nur um 31 M. gewachsen. Für die vier Jahre seit Gründung des gelben Werkvereins ergibt sich danach folgendes Bild. Es stiegen:

Reingewinn der Firma Krupp	Die Dividende von	Der Durchschnittslohn der Arbeiter
von 17,1 auf 33,7 Mill. M., also um 97 Proz.	8 Proz. auf 12 Proz., also um 50 Proz.	um 70 M., also um 4,2 Proz.

Auch auf die unverhältnismäßig großen Unfallzahlen bei Krupp wird in dem Flugblatt hingewiesen. Während im Gesamtbereich der Vereinsgenossenschaft auf 1000 Versicherte schon 179 Unfälle kamen, sanktelt diese Verhältniszahl bei der Sektion Essen (Krupp) auf 193 hinauf. Es ist also schon jetzt klar erkennbar und zahlenmäßig nachweisbar, daß die sogenannte wirtschaftsfriedliche Arbeiterorganisation ein Segen für das Unternehmertum und ein Fluch für die Arbeiterkraft ist. Mögen alle Arbeiter sich warnen lassen! 10000 Gelbe mehr bedeuten immer 10 Pf. Lohn weniger und 10 Unfälle mehr. Fort mit der gelben Bewegung!

Essen. (Zum neuen Krupp-Prozess.)

Aus dem heimlichen Versteck
In der sichern Zofa ecke
Brachte plötzlich Herr v. Meyen
Zum begrifflichen Entsetzen
Von Verteidigern und Gericht
Briefe an das Tageslicht.
Dreißig lange Schreibbriefe
Holt er aus des Zofas Tiefen;
Danach allerdings scheint stark
„Etwas saul in Danemarf“.
Und man höbert mit Intressen
Jetzt in dem verdächtigen Essen.
Wies der Kaiser dort verkehrte,
Und das Krupp-Zeughaus beehrte.

Bar famos das ganze Essen:
Alles nur Delikatessen;
Seht vielleicht aus triffigen Gründen
Wird man's wen'er schmackhaft
finden,
Tenn was jüngst noch wunder
brachten,
Scheint heut „hinlänglich verdächtig“
Ach, das Essen ist versalzt,
Weil zuviel man korngeuast.
Was von Meyen ausgepackt,
Bracht die Tänzer aus dem Takt. —
Immer ist bedenklich: das
Tanzten auf dem Fußverfakt.
Alfred Scholz in der „Welt am Montag“.

◆ Eingegangene Schriften und Bücher ◆

„Die Neue Zeit“, Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie, erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporture zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Kommunale Praxis. Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber: Dr. Albert Schädelum. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69. Nr. 44 und 45. Vierteljährlich nur 3 M. Probenummern sind jederzeit kostenlos zu beziehen.

Von den Lichtstrahlen. Monatliches Bildungsorgan für denkende Arbeiter, herausgegeben von Julian Vorkardt, ist jeben Nr. 3, das Novemberheft, mit folgendem Inhalt erschienen: Die Geburtenbeschränkung als revolutionäre Waffe. — Eisen gibt Gold. — Freiheit, die sie meinen. — Ueber vorwissenschaftliche Ausgrabungen. Die Lichtstrahlen sind zum Preise von 10 Pf. pro Heft bei allen Zeitchriftenhandlern, Parteibuchhandlungen und Kolporturen, sowie beim Verlag Berlin-Vierheide 3, Friedrichstr. 1, zu haben.

Die Lesef (Wochenchrift für das deutsche Volk, herausgegeben von Theodor Egel) legt uns zwei neue Hefte vor (Nr. 42 und 43), aus deren Inhalt wir folgende Beiträge hervorheben: Zu Georg Büchners 100. Geburtstag, von G. B. Peters; Froben aus Georg Büchners Werken; Die Remoiten des Velleius Paterculus, von Rudolf von Felius; Gebichte von Reinhold Kenz und August Kopsch; Serbische Volksdichtung von Emil Zembryski; Die Storch Ebe von Ludwig Büchner; Fortsetzungen des spannenden Romanromans „Taras Bulba“ von Nikolaus Gogol; Die neue Volksbühneret, von Walter Ahmus; Alles asiatisches Giel, von Theodor Egel; der „Sammelfasten“ enthält wieder besonders eigenartige kleine Betrachtungen und kuriose Geschichten; der „Kegeweller“ unterrichtet über gute neue Bücher. Die Lesef, die ein rein gemeinnütziges Volksblatt ohne alle privaten Erwerbsinteressen ist, kostet für das Vierteljahr Oktober bis Dezember 1,50 M. In jedem Vierteljahr wird ein gutes und schön ausgestattetes Buch umsonst beigegeben. Im laufenden Quartal erhalten die Abonnenten als Buch den Roman „Die Frauen der Familie Redelsiel“ von Dora Fohlsfeld. Probenummern der Lesef versendet auf Wunsch der Verlag der Lesef, Stuttgart, Ludwighstr. 26.

„Wie jede Familie im Eigenhause billiger als zur Miete wohnen kann“ von Hgl. Baupinspektor J. Hlur. 1,80 M. Heimkulturverlag Westdeutsche Verlagsgesellschaft m. b. H.

Filiale Chemnitz.

Die in Nummer 37 der „Gewerkschaft“ ausgeschriebene Stelle des Ortsbeamten ist besetzt.
Den Bewerbern besten Dank. Die Anstellungscommission.

Soeben erschienen:

Notiz = Kalender

für
Gemeinde- und Staatsarbeiter
für das Jahr 1914
zum Preise von 1 M., für Mitglieder 50 Pf.

Vestellungen wollen die Kollegen bei ihrer Filialeitung machen. — Einzelmitglieder der Hauptkasse können den Kalender vom Vorstandsvorstand beziehen.

Der Vorstandsvorstand.

Totenliste des Verbandes.

M. Verhaller, Schw.-Gmünd Gemeindefarbeiter (Tiefbauamt) † 14. 10. 1913, 60 Jahre alt.	Richard Weissfeld, Dresden Arbeiter (Tiefbauamt) † 28. 10. 1913, 49 Jahre alt.
Georg Sittig, Darmstadt Gärtner (Gartenbau) † 18. 10. 1913, 69 Jahre alt.	August Kuhn, Mannheim Gasarbeiter † 29. 10. 1913, 52 Jahre alt.
Heinrich Hib, Schweinsfurt Maurer (Stadt. Gaswerk) † 27. 10. 1913, 55 Jahre alt.	Franz Ecker, Frankfurt a. M. Päger (Gaswerk) † 29. 10. 1913, 23 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!